

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 13. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016–2020)

---

Sitzungsdatum: 13. September 2017  
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Simon Maurer, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin  
Philippe Hofmann  
Roman Klauser  
Christoph Morat  
Thomas Pfaff  
Franz Vogt  
Robert Vogt (Entschuldigt)

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung  
Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Anwesend: Rolf Adam, Mark Aellen, Andreas Bärtsch, Rahel Balsiger Sonjic, Andreas Bammatter, Julia Gosteli, Barbara Grange, Markus Gruber, Kathrin Gürtler, Matthias Häuptli, Roman Hintermeister-Goop, René Imhof, Ueli Keller, Christian Kellermann, Ursula Krieger, Simon Maurer, Maya Meisel, Jérôme Mollat, Niklaus Morat, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Kathrin Schaltenbrand-Kovacs, Melina Schellenberg, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella, Henry Vogt, Semra Wagner, Jörg Walder, Andreas Widmer, Etienne Winter

Entschuldigt: Philippe Adam, Mirjam Benz, Lukas Hess, Patrick Kneubühler, Patrick Lautenschlager, Urs Pozivil, Jean-Jacques Winter, Simon Zimmermann

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 30 Anwesende = 20  
18.20 Uhr 31 Anwesende = 21  
18.50 Uhr 32 Anwesende = 22

---

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in das **Wahlbüro**, anstelle der zurückgetretenen Michelle Nüssli, FDP-Fraktion, für die Rest der Legislaturperiode (bis 30.06.2020)  
Wahlvorschlag: Vincent Vogt Geschäft 4345
  
2. Wahl eines Mitgliedes in die **Kommission für Bauwesen und Umwelt**, anstelle des zurückgetretenen Nicolas Chapuis, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2020) Geschäft 4346
  
3. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste**, anstelle des zurückgetretenen Nicolas Chapuis, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020) Geschäft 4347
  
4. Bericht des Gemeinderates vom 23.05.2017, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 23.07.2017, betreffend **Korrektion und Umgestaltung Hegenheimermattweg, Grabenring bis Kantonsgrenze BS**  
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 4338 / A
  
5. Bericht des Gemeinderates vom 03.05.2017, zum Postulat von Henry Vogt, SVP-Fraktion, vom 12.09.2016, betreffend **Verkehrssituation Kreuzung Fabrikstrasse / Lettenweg**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4313 / A
  
6. Interpellation von Julia Gosteli, Grüne Allschwil, vom 26.04.2017, betreffend **Geruchsbelästigungen durch Backstube in Neuallschwil**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4334
  
7. Interpellation von Etienne Winter und Lukas Hess, SP-Fraktion, vom 20.06.2017, betreffend **„Spezialfinanzierung Wasserversorgung“**  
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 4344 / A
  
8. Postulat von Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion, vom 09.12.2016, betreffend **Beschaffungsstrategie der Gemeinde Allschwil**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4321
  
9. Motion von Patrick Lautenschlager und Niggi Morat, SP-Fraktion, vom 19.06.2017, betreffend **Mietzinszuschüsse in Allschwil**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Roman Klauser Geschäft 4342

#### **Nach der Pause:**

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
  - FRAGESTUNDE
- 

#### **Für das Protokoll:**

Jörg Bertsch / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

---

## **Einwohnerratsprotokoll Nr. 12 vom 21. Juni 2017**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

### **Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil**

Simon Maurer

---

### **Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

#### **[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]**

**Simon Maurer**, Präsident: Ich begrüsse euch recht herzlich zur ersten Sitzung nach den Sommerferien. Ich möchte mich kurz fassen. Ich hoffe, ihr hattet alle einen guten Sommer und seid gut erholt für neue Taten hier im Rat. Eine Bitte von mir an euch, wie sie wohl jeder frische Einwohnerratspräsident an euch richtet: Seid am Anfang ein bisschen nachsichtig mit mir, ich werde mir Mühe geben, das möglichst gut zu machen, aber es ist ja alles auch ein wenig neu für mich.

Ich komme zu den Mitteilungen:

Als erstes möchte ich Melina Schellenberg begrüssen. Sie ist ab jetzt bei uns im Rat und ersetzt Nicolas Chapuis. Ich wünsche dir viel Vergnügen und eine gute Zeit bei uns im Rat. Herzlich willkommen!

Sodann liegt mir ein Rücktrittsschreiben vor von Andreas Bammatter per 31.10.2017. Er hat mich gebeten, es vorzulesen: „Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Geschätzte Anwesende. Am 16. Juni 2004 durfte ich zum ersten Mal im Allschwiler Einwohnerrat mitpolitisieren. Am 18. Oktober werde ich dies zum letzten Mal tun. Die politische Arbeit im Landrat, in der Sektion der SP Allschwil, die Herausforderungen im beruflichen Umfeld und die Freuden als Familienmensch werden meine Wochen jedoch weiterhin kurz halten. Zufrieden und mit Genugtuung blicke ich auf die vergangene Zeit in der Allschwiler Politik zurück. Einige Vorstösse und sehr viele persönliche Begegnungen bleiben mir in guter Erinnerung und bestätigen mir, dass wir gemeinsam etwas erreichen können. Mit dem Leitbild hat Allschwil nun ein Instrument geschaffen, das allen vier Generationen bezüglich Wohnen, Arbeit und Freizeit eine lebenswerte Zukunft ermöglichen kann. So wünsche ich euch allen weiterhin sportliches und faires Ringen und gute Umsetzungen. Allschwil hat noch Potenzial. Nutzt es! Und meinem Nachfolger einen guten Einstieg in den Polit-Alltag. Mit kollegialen Grüssen Andreas ‚Bammi‘ Bammatter.“

Vom Kanton Basel-Landschaft haben wir eine Empfangsbestätigung erhalten betreffend die Resolution zum Flugverkehr über Allschwil. Wie es dort weitergeht, weiss ich noch nicht. Auf jeden Fall haben sie aber die Resolution bekommen.

Im Weiteren wurde euch allen von Nicole Müller ein neuer WLAN-Code zugestellt. Ich möchte euch daran erinnern, dass dieser nur für Mitglieder des Einwohnerrates und des Gemeinderats gedacht ist und nicht weitergegeben werden sollte.

Wir haben einen neuen Stimmzähler, Christian Kellermann. Ich möchte euch bei dieser Gelegenheit nochmals bitten, bei den Abstimmungen die Karten deutlich zu erheben. Christian zählt diese Seite, Pascale die andere. Haltet die Karten so lange oben, bis die beiden fertig sind mit dem Auszählen.

Es liegen mir keine dringlichen Interpellationen, Postulate oder Motionen vor. Im Übrigen sind eingegangen: Geschäft 4943, Postulat von Andreas Bammatter betreffend Generationenspielfläche,

---

---

Begegnungsort für alle; Geschäft 4350, Interpellation von Andreas Bammatter betreffend demografische Herausforderungen; Geschäft 4351, Interpellation von Andreas Bammatter betreffend Stand Biodiversität der Gemeinde Allschwil; Geschäft 4348, Postulat von Ueli Keller betreffend Support für Gemeinschaftsbildung in der Zivilgesellschaft. Diese vier Vorstösse sollten euch allen aufliegen.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich stelle fest, dass diese rechtzeitig zugestellt wurde. Ich frage den Rat an, ob es Anträge auf Änderung der Traktandenliste gibt. Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 1**

Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro, anstelle der zurückgetretenen Michelle Nüssli, FDP-Fraktion, für die Rest der Legislaturperiode (bis 30.06.2020)  
Wahlvorschlag: Vincent Vogt, Geschäft 4345

---

**Simon Maurer**, Präsident: Mir liegt der Wahlvorschlag Vincent Vogt vor. Ich frage den Rat an, ob es weitere Nominierungen gibt. Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich frage den Rat an, ob stille Wahl bestritten ist. Das ist nicht der Fall.

**://:**

Vincent Vogt ist in stiller Wahl in das Wahlbüro gewählt.

**Simon Maurer**, Präsident: Ich wünsche Herrn Vogt viel Erfolg in seinem neuen Amt.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2**

Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Bauwesen und Umwelt, anstelle des zurückgetretenen Nicolas Chapuis, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2020), Geschäft 4346

---

**Simon Maurer**, Präsident: Mir liegt der Wahlvorschlag Lukas Hess vor. Dieser ist auch allen Fraktionspräsidenten im Vorfeld mitgeteilt worden. Liegen weitere Nominierungen vor? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ist stille Wahl bestritten? Auch das ist nicht der Fall.

**://:**

Lukas Hess ist in stiller Wahl in die Kommission für Bauwesen und Umwelt gewählt.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 3**

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste, anstelle des zurückgetretenen Nicolas Chapuis, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020), Geschäft 4347

---

**Simon Maurer**, Präsident: Mir liegt der Wahlvorschlag Melina Schellenberg vor. Auch dies ist vorgängig den Fraktionspräsidenten mitgeteilt worden. Liegen weitere Nominierungen vor? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ist stille Wahl bestritten? Auch das ist nicht der Fall.

**://:**

Melina Schellenberg ist in stiller Wahl in die Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste gewählt.

01.030

Einwohnerrat

#### **Traktandum 4**

Bericht des Gemeinderates vom 23.05.2017, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 23.07.2017, betreffend Korrektur und Umgestaltung Hegenheimermattweg, Grabenring bis Kantonsgrenze BS  
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt, Geschäft 4338 / A

---

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Gerne stelle ich Ihnen das Projekt der Korrektur des Hegenheimermattwegs vor. Marc G. Rueff hat am 28. August das Projekt für interessierte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte detailliert vorgestellt. Darum mache ich an dieser Stelle nur eine kurze Zusammenfassung. Sie haben ja zudem auch ein Arbeitspapier vor sich liegen, in welchem alles detailliert aufgeführt ist. Zusätzlich kann man alle Informationen auf der Homepage der Gemeinde abrufen. Der Hegenheimermattweg ist ein sehr wichtiges Projekt für Allschwil, das auch eine Investition in die Zukunft ist. Seit der letzten Instandstellung hat sich sehr viel geändert. Wir haben in dem Gebiet heute ca. 4'000 Arbeitsplätze, längerfristig vielleicht sogar 10'000. Auch gab es hier gar keinen öV. Bushaltestellen wurden dann relativ provisorisch eingerichtet, und eigentlich ist das bis heute so. Projektziele sind denn auch die Verbesserung der Situation des öV, die Erhöhung der Leistungsfähigkeit für den Individualverkehr, damit verbunden eine bessere Erreichbarkeit des Gewerbes im Gebiet, eine Verbesserung der Situation für den Veloverkehr und für die Fussgänger, und nicht zuletzt natürlich die Erhöhung der Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer. Die Leistungsfähigkeit wird erhöht durch eine Knotenaufweitung für die Linksabbieger in das Gewerbegebiet und durch die Einrichtung eines Mehrzweckstreifens. Für den Langsamverkehr wird ein kombinierter Fuss- und Radweg auf der Seite der Sportplätze eingerichtet. Er wird 4.5 Meter breit. Die Bushaltestellen werden behindertengerecht ausgeführt mit Fahrgastunterstand und dynamischer Fahrgastinformation. Der Baubeginn wird auf die Baustelle Baslerstrasse abgestimmt werden. Eventuell wird der Teil zwischen Lachenstrasse und Basel-Stadt schon im Herbst 2018 realisiert, nämlich dann, wenn Basel-Stadt die Belforterstrasse, wie das einmal signalisiert wurde, in diesem Zeitraum sanieren würde; wir würden uns dann dort anhängen. Der Abschnitt Hagmattstrasse bis Kreisel Grabenring oder umgekehrt soll zusammen mit dem Kreisel Grabenring/Hegenheimermattweg realisiert werden, wo ja der Kanton die Federführung hat. Seitens des Kantons ist hierfür der Herbst 2020 vorgesehen. Der mittlere und grössere Abschnitt wäre somit grössenordnungsmässig vorgesehen in 2021/2022. Das alles, wie gesagt, in Abstimmung mit der Baslerstrasse. Das Umleitungsregime wird so verlaufen: Im ersten Teil, Richtung Grenze nach Basel-Stadt, würde die Umleitung über die Lachenstrasse / Rue de Bâle und den Hegenheimerstrasse Basel verlaufen. Einseitig würde der Verkehr immer über die Baustelle geführt auf der jeweils anderen Spur. Auch beim mittleren, grösseren Teil würde eine Spur immer befahrbar sein und die andere hinten durch das Gewerbegebiet geführt. Beim vorderen Teil, Grabenringkreisel/Hegenheimermattweg bis Hagmattstrasse wird eine knifflige Umfahrungssituation entstehen. Es gibt dort keine einfache Umleitungsmöglichkeit. Dort wird man versuchen müssen, den Verkehr grossräumig umzuleiten und zum Beispiel schon in Frankreich anzuschreiben, dass hier schlecht durchzukommen ist. Im Übrigen ist im Moment vorgesehen, den Verkehr mit Lichtsignalanlagen im Gegenverkehr auf einer Fahrspur durchzuleiten.

Die Kosten des Projekts belaufen sich auf gesamthaft CHF 11.8 Mio. Ich werde sie jetzt nicht nochmals detailliert herunterlesen. Das Projekt ist Teil des Agglomerationsprogramms, und wir erwarten vom Bund Subventionen von CHF 1.9 Mio. Der Kanton würde sich zu 50 % an der kantonalen Radroute beteiligen, was allerdings noch abhängig ist von einem Landratsbeschluss. Das wären CHF 830'000. Dann rechnen wir auch noch mit Bundessubventionen aufgrund von Lärmsanierung. Das ist allerdings noch nicht ganz sicher, weswegen wir es mit CHF 0.00 ausgewiesen haben. Aber eigentlich sollte das Programm im Parlament in Bern verlängert werden. Wir könnten dann mit ca. CHF 50'000 rechnen. Somit hätten wir ein Zwischentotal von gut CHF 9 Mio, abzüglich der Anwänderbeiträge von CHF 2.3 Mio, zuzüglich wieder die Anwänderbeiträge der Gemeinde Allschwil, ergibt das netto CHF 7.3 Mio., die es die Gemeinde Allschwil kosten würde.

Dazu zu sagen ist vielleicht noch, dass alle Einsprachen erledigt sind, entgegen den Ausführungen im Arbeitspapier, wo noch von unerledigten oder noch hängigen Einsprachen die Rede ist. Dies konnte unterdessen alles bereinigt werden.

Wenn noch Fragen sind, beantworte ich diese gern.

**Andreas Bärtsch**, Präsident der Kommission für Bau und Umwelt: Erhöhung der Sicherheit im Bereich der Wartezonen des öV, Einhalten des Behindertengleichstellungsgesetzes, Kapazitätssteigerung für den

---

---

Individualverkehr, Erhöhung der Sicherheit und der Attraktivität des Langsamverkehrs, Erneuerung des Strassenkörpers gemäss den heute gültigen Normen – mit diesen fünf Zielen hat die politische Begleitkommission, die aus drei Gemeinderäten und drei Einwohnerräten besteht, die Planungsarbeiten über zwei Legislaturen begleitet und den Inhalt geprüft. Im Rahmen von regelmässig stattfindenden Kommissionssitzungen hat die politische Begleitkommission in den massgebenden Entscheidungspunkten mitgestalten und beeinflussen können. In der Juli-Sitzung wurde der Kommission für Bau und Umwelt durch den Bereichsleiter Marc Rueff in einer umfassenden Präsentation das Projekt in allen Einzelheiten erläutert, und die Fragen der Kommission wurden kompetent und abschliessend beantwortet. In der anschliessenden Behandlung des Geschäfts konnte die Kommission feststellen, dass das Projekt der Tiefe einer Planungsphase entspricht, dass es komplett ausgearbeitet worden ist und dass es die notwendige Präzision besitzt, damit darauf eine Kostenschätzung mit einer Genauigkeit von plus/minus 10 % abgestützt werden kann. Es kann an dieser Stelle auch festgehalten werden, dass am Hegenheimermattweg nicht ein Luxusprojekt gebaut wird, sondern ein Projekt, das nach den heutigen Planungsrichtlinien ausgearbeitet worden ist. Die Kommission hat sich ausführlich über den nicht getrennten Rad- und Fussweg unterhalten und kann, im Wissen darum, dass dieser Teil von anerkannten Fachleuten geprüft und befunden worden ist, dem zustimmen. Die ermittelten Planungs- und Baukosten von CHF 11.8 Mio. bei einer Kostengenauigkeit von +/- 10 % erachtet die Kommission als plausibel. Gemeinderat Franz Vogt hat den Betrag ja sehr detailliert aufgeschlüsselt; darum verzichte ich darauf, hierauf ebenfalls nochmals einzugehen.

Der Kommission erscheint es als richtig, dass die Bauarbeiten am Hegenheimermattweg mit benachbarten Losen umgesetzt werden sollen, sodass Synergien geschaffen werden können. Wichtig erscheint es der Kommission aber auch, dass das ansässige Gewerbe in den Bauablauf integriert wird, sodass des Betrieben möglichst wenige Behinderungen entstehen. Auch das hat Gemeinderat Vogt sehr detailliert erläutert.

Aufgrund ihrer Analyse kann die Kommission für Bau und Umwelt einstimmig empfehlen, den Anträgen des Gemeinderats zu folgen.

Zum Abschluss möchte ich noch danken, einerseits den Mitgliedern der politischen Begleitkommission, die in etlichen Sitzungen sehr detailliert über das Projekt informiert wurden, auch mitentscheiden konnten und dafür einen relativ grossen Zeitaufwand investiert haben. Dann auch meinen Kollegen in der Kommission für Bau und Umwelt. Mit ihnen konnten wir das Projekt sehr effizient und sachlich durchdiskutieren und sind zu einem guten Ergebnis gekommen. Ganz besonders – und es freut mich, dass Andres Linder anwesend ist – möchte ich ihm und Marc Rueff und ihrem Team auf der Verwaltung danken sowie auch dem Planungsbüro, die das Projekt gegenüber der Bevölkerung und den politischen Gremien durch alle Böden hindurch verteidigt haben. Zwischendurch mussten sie es einmal verbessern, aber schlussendlich haben sie das Projekt umgesetzt. Herzlichen Dank!

**Simon Maurer**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Beratung. Die Rednerliste ist eröffnet.

#### *Diskussion*

**Andreas Bammatter**, SP-Fraktion: Der Hegenheimermattweg ist eine Schlagader für die Entwicklung in einem der wichtigsten Gebiete von Allschwil, sogar vom ganzen Kanton. Wir haben es von den beiden Vorrednern gehört: Es ist wichtig, dass wir vorwärtskommen. Es ist ein gutes Projekt, darum müssen wir auch schauen, dass es möglich ist und dass die Nutzer sich in Zukunft möglichst flüssig bewegen können. Das ist vor allem der rollende Verkehr, vom Individualverkehr über den öV bis zum Langsamverkehr. Es darf jetzt keine weiteren Zeitverzögerungen mehr geben. Zu wichtig ist dieses Projekt, auch, wie wir wissen, in direktem Zusammenhang mit der Baslerstrasse. Ich bitte Sie daher alle, das Projekt wenn möglich einstimmig zu unterstützen. Ich danke an dieser Stelle auch ganz persönlich dem Projektleiter Marc Rueff und dem Kommissionspräsidenten, die es ermöglicht haben, dass wir heute zusammen mit der Kommission und den Beteiligten in der Verwaltung das Projekt behandeln können.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Von unserer Seite her ist unbestritten, dass das Projekt im Grossen und Ganzen gut ist. Wir haben uns auch Fragen gestellt zur Ausgestaltung der kombinierten Fuss-/Velowege mit Trottoir, die auf gewisse Skepsis stossen, weil zu erwarten ist, dass auf dieser Strecke relativ schneller Veloverkehr unterwegs sein wird, Stichwort Flyer/E-Bikes, die immer sehr schnell unterwegs sind und eigentlich eher auf die Strasse gehören als auf einen Veloweg. Für uns stellt sich aber schon auch eine grundsätzliche Frage. Wir investieren hier sehr viel Geld, welches wir vermutlich soeben im Begriff sind, relativ schlank durchzuwinken: fast CHF 12 Mio. für anderthalb Kilometer Strasse; wenn man sich im Vergleich dazu ansieht, wie wir um die Aufwertung des Lindenplatzes ringen, wo es um wesentlich kleinere Beträge geht. Hier geht es um eine verkehrsorientierte Strasse, die heute nicht wahnsinnig gepflegt ist, aber sie ist doch funktional und könnte auch noch eine Zeitlang ihren Dienst tun. Der Sanierungsbedarf ist nicht

---

so dringend, dass die Strasse sogleich auseinanderfallen würde. Man muss sich also schon die Frage stellen, ob wir hier die Prioritäten richtig setzen. Aus diesem Grund wird es von unserer Seite einige Enthaltungen geben.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Wir in der FDP-Fraktion haben uns den Plan genau angeschaut und konnten einstimmig feststellen, dass wir keine Änderungen daran vornehmen möchten, sondern dass wir hier eine Vorlage haben, die man sehr gut umsetzen kann, und dass alle Beteiligten eine sehr gute Arbeit geleistet haben, für die wir danken. Als der Hegenheimerweg das letzte Mal saniert wurde, sah es dort im Bachgrabengebiet noch ganz anders aus. Seither ist das Quartier gewachsen, es sind auch internationale Firmen gekommen. Die Strasse ist heute überlastet. Es fahren jetzt Buslinien durch; und wie schon erwähnt wurde, hat man die Bushaltestellen provisorisch eingerichtet. Die hohe Belastung durch den Verkehr plus Buslinien führt bei Stossverkehr immer zu Rückstaus. Für die Velofahrer ist es immer schwieriger geworden. Vor 20 Jahren gab es noch richtige getrennte Velowege, die musste man notgedrungen in einer Richtung aufgeben. Mit dem Plan, der jetzt vorliegt, bekommen wir eine gute, funktionale Strasse mit einem Mittelstreifen und der Gelegenheit, einen Bus an einer Bushaltestelle zu überholen. Auch wird beim Abbiegen nicht der ganze Verkehr behindert. Ich kann mich im Übrigen dem Gemeinderat und der Kommission voll anschliessen und bitte Sie, der Vorlage zuzustimmen.

**Ursula Krieger**, SVP-Fraktion: Ich spreche im Namen von Florian Spiegel, der noch nicht anwesend ist. Wir unterstützen das Geschäft. Wir wissen von den bestehenden Bedenken, und die Finanzen sind uns, wie bekannt ist, auch nicht egal. Aber in diesem Fall ist es einfach schon lange nötig, etwas zu unternehmen, im Hinblick auf die vielen Arbeitsplätze, die dort kommen, und auf den vielen Verkehr, den diese Strasse schlucken muss. Es muss da jetzt möglichst schnell vorwärts gehen. Es wird sicher auch während der Bauarbeiten Probleme geben mit noch mehr Stau. Wir hoffen, dass es schlussendlich wirklich zu diesem guten Projekt kommt, das hier vorbereitet worden ist.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: In Ergänzung zu unserer Fraktionsstellungnahme – und nicht im Widerspruch dazu – möchte ich eine Erklärung zu dem Projekt abgeben und in einem umfassenderen Sinn auf etwas hinweisen, das mir wirklich sehr wichtig ist. Sonst würde ich Ihre Zeit nicht in Anspruch nehmen. Ich habe in meiner christlichen Sozialisation einen Satz kennengelernt, der mir sehr grossen Eindruck gemacht hat und immer noch macht. Er heisst: „Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“ Bei Dürrenmatt lernte ich dann eine etwas andere Variante kennen, im Zusammenhang mit dem „Besuch der alten Dame“; dort heisst der Satz sinngemäss: Herr, vergib ihnen nicht, denn sie tun nicht, was sie wissen. Bei diesem Strassenplan, den ich in seiner Qualität und seiner Bedeutung und Dringlichkeit usw. überhaupt nicht infrage stelle, fehlt mir ein Gesamtverkehrskonzept. Ein Strassenplan ohne Gesamtverkehrskonzept ist nicht zukunftsfähig, wirklich. Es fehlt eine verbindliche Anschlussplanung im Süden, beim Grabenring, wo der Kanton zur Koordination gefragt ist. Und es fehlt eine verbindliche Anschlussplanung im Norden, dort, wo die Koordination mit Frankreich und mit Basel gefragt ist. Wenn Gelterkinden nicht zusammenarbeitet mit dem ganzen Kanton, ist das ein kleines Problem. Wenn Gelterkinden nicht mit Basel-Stadt und Frankreich zusammenarbeitet, ist das für Gelterkinden kein Problem. Aber für Allschwil ist es eines. Ich möchte einfach bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hinweisen, dass ein Gesamtverkehrskonzept unbedingt und dringlich zu machen ist, auch zusammen mit einer Vernetzung im Sinne einer Raum- und Siedlungsplanung, die zu weniger Verkehr führt. All das fehlt in meinen Augen in Allschwil. Ich werde mich deshalb der Stimme enthalten, und ich empfehle dem Gemeinderat, in den Abstimmungsunterlagen auf diese Themen hinzuweisen und deutlich und verbindlich zu sagen, dass er sie angehen will.

**Christian Kellermann**, CVP-Fraktion: Wir von der CVP unterstützen dieses Projekt auch. Ich möchte dies mit zwei, drei Worten präzisieren, zusätzlich zu den Erläuterungen, die schon vorgetragen wurden. Wichtig ist für uns, dass das Projekt jetzt umgesetzt wird und nicht erst später, zum Beispiel in vier oder fünf Jahren oder noch später. Dies aus folgenden Gründen: Der Hegenheimerweg hat eine sehr lange Entwicklung hinter sich und ist jetzt planungstechnisch ausgereift und parat. Ein zweiter Punkt ist die Überbauung, respektive die Erweiterung des Gewerbegebiets, die in vollem Gange ist. Dies wird in den nächsten Jahren definitiv zu mehr Verkehr führen. Zudem sind dort schon zwei Parkhäuser geplant mit zusammen 800 Parkplätzen. Der Verkehr auf dieser Strasse, die jetzt schon zu Randzeiten überlastet ist, wird also unweigerlich weiter zunehmen. Darum muss man jetzt handeln und nicht später, wenn es noch schlimmer ausartet. In einem zweiten Schritt ist es auch sinnvoll, wenn man es jetzt in einem Zug mit den angrenzenden Strassenkorrekturen, respektive Strassensanierungen macht. So behindern wir die Strasse nicht auf längere Zeit mit Umbau und Renovationen, sondern man kann die Bauarbeiten kompakt zusammenfassen. Ein weiterer Punkt ist noch der geplante Nordring-Anschluss, der definitiv kommen und mit Sicherheit noch mehr Verkehr herbeiführen wird. Darum ist es ein Muss, dass die Korrektur des Hegenheimerwegs jetzt gemacht wird.

**Andreas Bammatter**, SP-Fraktion: Zu den Grünliberalen und den Grünen zwei Punkte: Es ist Realität, dass dieses Quartier sich entwickelt hat und sich immer mehr entwickeln wird. Sprich Tropeninstitut, sprich Parkhäuser, wie Kollege Kellermann erwähnte. Wenn wir diese Strasse jetzt in Angriff nehmen, haben wir zwei Sachen, die uns wichtig sind, und die auch diesen Parteien wichtig sind. Der öV, der jetzt aufgestaut wird, wird flüssiger, damit erhöht sich seine Kapazität und damit auch die Tragbarkeit für die Menschen, die sich dort aufhalten. Zweitens haben wir für den Langsamverkehr einen viereinhalb Meter breiten Velo- und Fussgängerweg, der geradeaus führt. Natürlich fahren dort Velos durch, aber man sieht sehr weit, und somit kann man auch die Gefahren abschätzen und damit umgehen, wenn man normal fährt – und ich hoffe, es sind Personen, die normal fahren. Darum ist es ein-eindeutig wichtig, dass wir das jetzt in Angriff nehmen. Zudem können wir nicht warten, wir haben ja gesehen, wie das war mit der Baslerstrasse und dem Hegenheimermattweg, dieses Hin und Her mit dem Kanton und der Gemeinde. Seien wir mutig, tun wir diesen Schritt, enthalten wir uns nicht, sondern setzen wir uns für diese Sache ein.

**René Imhof**, SVP-Fraktion: Auch wir sind logischerweise dafür, dass die ganze Angelegenheit möglichst schnell gebaut wird. Es ist auch so, dass Firmen, die nach Allschwil kommen und Arbeitsplätze schaffen möchten, ganz klar geäussert haben: Wenn diese Strasse richtig gebaut wird, dann kommen wir. Dankeschön für das Ja.

**Andreas Bärtsch**, Präsident der Kommission für Bauwesen und Umwelt: Lieber Ueli Keller, ich muss dir jetzt schon erwidern. Du hast zwar schön angefangen, aber was du nachher gesagt hast, stimmt nicht unbedingt. Das Gesamtverkehrskonzept gibt es auf alle Fälle. Es gibt ein Gesamtverkehrskonzept über die Bautätigkeiten, aus welchem man ersieht, wie viele Fahrzeuge kommen und wie sich das entwickelt. Es gibt ein Gesamtverkehrskonzept mit Basel und den angrenzenden Gemeinden, wo man die Verkehrsflüsse anschaut; daran arbeitet man derzeit. Wenn man das REK ein wenig verfolgt, dann sieht man das. Da werden die Gesamtverkehrsflüsse analysiert und im Rahmen des REK arbeitet man auch an einer Innenverdichtung und versucht, den Verkehr einzudämmen und nicht noch mehr Verkehr zu schaffen. Also wenn du der Gemeinde hier Vorhaltungen machst – auch wenn ich nicht Gemeinderat und somit nicht direkt angesprochen bin, muss ich das doch sagen; denn diese Vorhaltungen finde ich nicht ganz fair. – Der öffentliche Verkehr wird längerfristig auch ausgebaut. Aber du als alter Politikerfuchs weist ja auch, dass bei uns in der Schweiz nicht alles so schnell geht. Es ist angedacht, dass hier in ferner Zukunft ein Traum fahren soll, und in näherer Zukunft wird es einen Anschluss ans Hochleistungsnetz geben, der näher liegt als jetzt. Aber wenn man Auto fährt und weiss, wie man fahren muss, dann ist man eben über den Hegenheimermattweg immer noch am schnellsten auf der Autobahn.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Ich möchte auch noch ein paar Antworten geben. Sehr viel hat mir Andreas Bärtsch dankenswerterweise schon vorweggenommen, obwohl ich ja als CVP-Politiker sehr gut geeignet wäre für das Thema christliche Sozialisation. – Wir haben ein REK in Bearbeitung. Es gibt sehr viele Verkehrsgutachten, die sehr detailliert aufzeigen, was möglich ist und welche Veränderungen welche Auswirkungen haben. Zudem sind ja auch die Alternativen relativ überschaubar. Ein Anschluss über die Parkallee ist völlig nicht denkbar, also kann es nur darum gehen, die Knoten vorne und hinten zu verbessern, und dies wird geschehen in Zusammenarbeit mit dem Projekt des Kantons. Und wie gesagt, der Kanton arbeitet unterdessen mit Hochdruck daran, den Zubringer Bachgraben voranzutreiben. Also diese Zusammenhänge hat man grösser angeschaut, und das Verkehrskonzept gibt es. – Zu Matthias Häuptli: Auch hier hat Andreas Bammatter schon viel vorweggenommen. Der Veloweg wird 4.5 m breit, zum Vergleich: ein normaler Feldweg ist 3 m breit. Es wird sich also eigentlich um eine eigene Strasse neben der Strasse handeln, das muss man klar sagen, und dort sollte es nun wirklich möglich sein, dass die dreierlei Verkehrsteilnehmer – Velofahrer in die eine Richtung, Velofahrer in die andere Richtung und Fussgänger – aneinander vorbeikommen. Der Sanierungsbedarf ist vielleicht auf den ersten Blick nicht ganz so klar. Natürlich könnte man auf den ersten Blick meinen, dass man diese Strasse noch zehn Jahre lang so weiter benutzen könnte, denn man hat es ja bisher auch gemacht. Wenn man aber etwas näher hinschaut, sieht man doch, dass die Strasse nicht in ganz so gutem Zustand ist. Es hat sehr viele Risse. Der Veloweg ist sehr uneben. Man müsste dort also sowieso etwas tun. Aus meiner Sicht ist das Killerargument dafür, dass man die Strasse nicht weiter benutzen, sondern sie wirklich sanieren sollte, die völlig unbefriedigende öV-Situation. Ich hatte es ja eingangs erwähnt. Ich kann mich noch gut erinnern, wie diese Bushaltestellen einfach auf der Fahrbahn eingezeichnet wurden. Der Bus hält auf der Strasse, die Leute steigen auf der Strasse aus, von behindertengerecht ist weit und breit nichts zu sehen. Wenn man nur das anpassen wollte, würde das einen Riesenaufwand erfordern, und am Ende wäre es trotzdem nur eine halbbatzige Sache. – Also ich meine, das Projekt kostet natürlich einen schönen Batzen, das ist klar, aber ich denke, er ist gut investiert in die Zukunft.

**Simon Maurer**, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich eine artikel- oder abschnittsweise Beratung gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Damit stelle ich fest, dass die

Beratung über das Geschäft 4338 / A abgeschlossen ist. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates, S. 12 des Berichts. Ich möchte gerade vorwegnehmen: Die Anträge Ziff. 1 und 2 unterliegen dem obligatorischen Referendum. Wie mir mitgeteilt wurde, ist die Volksabstimmung, bei welcher diese Vorlage vors Volk kommt, am 26. November 2017.

### *Abstimmung*

#### Anträge des Gemeinderates:

1. Für die Korrektur und Umgestaltung des Hegenheimermattwegs im Abschnitt Grabenring bis Kantonsgrenze Basel-Stadt wird ein Ausführungskredit von CHF 11'800'000 inkl. MWST bewilligt.

**://:**

Dem Antrag wird mit 26 Ja zu 0 Nein bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

2. Von der Kostengenauigkeit von +/- 10% wird Kenntnis genommen.

**://:**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

3. Eine allfällige Baukostenteuerung (Baupreisindex des Bundesamtes für Statistik für den Bereich Tiefbau / Grossregion Nordwestschweiz, Oktober 2016 = 99.4 Punkte, Basis Oktober 2015 = 100 Punkte) wird genehmigt.

**://:**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

### *Schlussabstimmung*

**://:**

Das Geschäft wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

#### **Traktandum 5**

Bericht des Gemeinderates vom 03.05.2017, zum Postulat von Henry Vogt, SVP-Fraktion, vom 12.09.2016, betreffend Verkehrssituation Kreuzung Fabrikstrasse / Lettenweg  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4313 / A

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Ich bitte, das Postulat aufzulegen, damit ich bei meinen Ausführungen darauf verweisen kann. Es geht um die Verkehrssituation an der Fabrikstrasse, genauer an der Kreuzung Lettenweg. Gestern vor einem Jahr hat der Postulant das Papier eingereicht. Die genannte Kreuzung stellt nach Auffassung des Postulanten eine Sicherheitslücke dar, weil der Fussgängerstreifen, der sich dort befindet, unübersichtlich sei. Der Postulant hält fest, der Übergang müsse wie der Fussgängerstreifen beim Schulhaus an der Binnerstrasse behandelt werden. Er führt aus, dass dort entweder eine Lichtsignalanlage, eine Überführung oder ein Lotsendienst installiert werden muss. Am 10. Juni 2017 hat der Postulant nachgedoppelt und ein Ergänzungspapier eingereicht, dies aufgrund der Beantwortung im Gemeinderatsbericht vom 3. Mai 2017, der Ihnen vorliegt. Darin sind einige Punkte enthalten, die ich gerne aufgreifen möchte, weil ich sie teilweise auch richtigstellen muss. Ich bitte, dieses Papier auch aufzulegen. Ich weiss nicht, ob es allen Einwohnerräten vorliegt, darum ist es gar nicht schlecht, wenn es visualisiert wird, dann muss ich nämlich nicht immer alle Ausgangslagen vorlesen, die darin stehen, sondern kann meine Antworten koordiniert daraufhin abgeben. Wenn aber, wie ich jetzt höre, nur der Plan abgegeben wurde, nützt das nichts, dann komme ich später darauf zurück. Ich muss also selber vorlesen, und Sie müssen leider etwas länger zuhören.

Zur Frage, warum seiner Meinung nach eine Lichtsignalanlage installiert werden sollte, führt Henry Vogt aus, dass gemäss bfu Kinder erst ab dem 13. oder 14. Lebensjahr die Fähigkeit haben, sich über längere Zeit auf den Strassenverkehr zu konzentrieren. Ich habe mich daraufhin einmal mit der bfu auseinandergesetzt; es gibt in Allschwil einen bfu-Zuständigen – zu Ihrer Information: es handelt sich um Andreas Meyer, einen

unserer Gemeindepolizisten. Er selber ist natürlich kein Verkehrsspezialist. Er konnte immerhin so viel sagen, dass die bfu in solchen Dingen keine Festlegungen vornehmen, sondern höchstens eine Richtlinie geben kann. Ich rief dann Frau Schürch von der bfu an und fand heraus, was es zu diesem Thema gibt. Es gibt zwei Broschüren. Die eine heisst „Erste Schritte im Strassenverkehr“, die andere „Sicherheit von Kindern im Strassenverkehr“. Eine ist 184 Seiten dick, die andere etwa 10 Seiten. Ich habe mir das ganze angeschaut, und ich weiss nach allem nicht, wo Henry seine Aussage hernimmt. Die genannte Aussage steht nicht in den Broschüren. Es steht vielmehr darin, dass ein Grossteil der Entwicklung zwischen dem 8. und dem 11. Jahr abgeschlossen ist, die Entwicklung aber später vielleicht noch etwas weiter gehen kann bis in die Pubertät hinein. Das Fazit lautet also, dass jedes Kind individuell zu betrachten ist. So generalisiert und pauschal kann man keine Aussage machen.

Dann kommt etwas, das ich ganz klar aufgreifen muss. Henry Vogt schreibt: „Wusstet ihr, dass das erste Kind (Erstklässler) letzten Dezember [also Dezember 2015] an der Binningerstrasse bereits angefahren wurde. Dies soll sich nicht wiederholen. Auch nicht an der Binningerstrasse.“ – Da sind wir uns selbstverständlich mit dem Postulanten einig, dass sich so etwas niemals wiederholen soll. Ich möchte aber gerne, um Emotionen herauszunehmen, den Sachverhalt ins richtige Licht rücken und erzählen, um was es eigentlich ging. Ich habe bei der Kantonspolizei, Verkehrsabteilung, in Lausen abgeklärt und mir darstellen lassen, was gemäss Rapport passiert ist. Am 15. Dezember 2015, kurz vor halb 2 Uhr, rannte in der Nähe der Reblaube in Richtung Dorf ein siebenjähriges Kind über die Strasse, und zwar hat es dies bewusst getan, weil es nicht warten wollte, bis das Lichtsignal, das sich vor der Reblaube an der Gartenstrasse befindet, auf Grün schaltet. Das Kind hat das selbst ausgesagt, das ist im Protokoll so festgehalten. Das Kind rannte also über die Strasse und sah ein Auto, das in die Gartenstrasse hinein abbog, nicht rechtzeitig. Das Auto fuhr glücklicherweise sehr langsam, weil es abbiegen wollte, konnte aber trotzdem nicht rechtzeitig bremsen. So kam es zur Kollision und das Kind wurde verletzt. Fazit: Beide wurden verzweigt. Was ich aber sagen will: Das hat mit der Schulwegsicherheit und der ganzen Thematik, die in dem Postulat angesprochen wird, überhaupt nichts zu tun. Das war ein Unfall, wie er sich leider ereignen kann auf verschiedenen Strassen an verschiedenen Orten, und wir haben ja gehört, aus welchem Grund es dazu kam.

Somit können wir auf das eigentliche Thema eingehen. Es geht um die Verkehrsquerung bei der Fabrikstrasse. Auf Seite 4 des Berichts des Gemeinderates, der Ihnen vorliegt, wird Ihnen gezeigt, wie es an der Fabrikstrasse aussieht. Die Fabrikstrasse ist, wie allen bekannt ist, eine schnurgerade verlaufende übersichtliche Strasse. Sie wird von der Feldstrasse und dem Lettenweg gequert. Es geht darum, dass auf der Höhe Lettenweg der Zubringer für die Schüler zum Schulhaus ist. Die Einmündungen des Lettenwegs in die Fabrikstrasse sind beidseitig Stopp-Strassen, auch das ist bekannt. Ergänzend evaluiert Henry Vogt Fussgängerquerungen; darauf komme ich später zurück. In seiner Ergänzung schreibt Henry Vogt, dass im letzten Weg ein Fahrerverbot bestehe; das ist natürlich nicht so. Im Lettenweg ist Zubringerdienst erlaubt, es gibt also die Möglichkeit, hinein- und auch wieder hinauszufahren. Das ergibt eine grosse Anzahl von Fahrbewegungen, die später noch zur Sprache kommen werden, und die von Henry Vogt selber gemessen worden sind. Das Problem ist: Man kann es eigentlich nicht verhindern, dass dort ein- und ausgefahren wird. Es ist ein Ärgernis, zum grossen Teil handelt es sich um gewisse Elterntaxis, die Problematik ist bekannt und nicht neu. Aber es ist ein Fakt, den man nicht bekämpfen kann.

Zum Verkehrsaufkommen an der Fabrikstrasse: Der Kanton macht immer wieder Verkehrserhebungen, wie Sie ebenfalls im Bericht gesehen haben. Im April 2016 wurde eine solche Verkehrserhebung gemacht, und man sah, dass im Messraum vom April 2016 an den Tagen von Montag bis Freitag die Binningerstrasse mit 16'492 Fahrzeugen befahren wurde, währenddem auf der Fabrikstrasse sich 6'461 Fahrzeuge bewegten, also knapp 40 % des Aufkommens an der Binningerstrasse. Von der Notwendigkeit einer Gleichbehandlung von Binningerstrasse und Fabrikstrasse, wie sie im Postulat gefordert wird, kann da natürlich nicht die Rede sein, nur schon aufgrund des Verkehrsaufkommens nicht. Die Verkehrsbelastung ist aber nicht so wichtig, wie sie von Montag bis Freitag ist, sondern die relative Verkehrsbelastung ist zu ermitteln von Montag bis Sonntag, nämlich inklusive der Wochenenden. Sie haben auf Seite 5 des Berichts eine Grafik. Darin zeigt sich schön, dass die Fabrikstrasse nicht eine der viel befahrenen Strassen ist, wie jedoch der Postulant an einer Stelle anbringt, sondern sie ist, abgesehen von der Schönenbuchstrasse, eine der relativ am wenigsten befahrenen Strassen. Nichtsdestotrotz ist klar, dass die Binningerstrasse und auch die Baslerstrasse sehr stark befahren sind und die Fabrikstrasse immer noch ein erhebliches Verkehrsaufkommen hat, das ist nicht von der Hand zu weisen. Was bei dieser Strasse auch noch wichtig ist, ist das Geschwindigkeitsniveau. Es ist hier auch erklärt, wie gemessen wurde. Es zeigt sich, dass das erhobene Geschwindigkeitsniveau innerorts normal ist. In den meisten Fällen wurde es überall eingehalten. Im Bericht sind sodann Messungen zu den Fussgängerquerungen aufgeführt. Die Gemeindepolizei hat, wie ersichtlich, an drei Tagen im November 2016 vier Messungen und Zählungen vorgenommen. Man hat zwischen 19 und 46 Querungen gemessen. In seinen ergänzenden Ausführungen kommt Henry Vogt darauf zurück und meint, dass „zu den komplett falschen Zeiten“ gezählt worden sei. Er hat eigene Messungen angestellt. Er merkt auch an, dass bei einer der polizeilichen Zählungen, nämlich derjenigen am Donnerstag,

---

10.11.2016, 7:45 Uhr bis 8:15 Uhr, die Sekundarschüler bereits (ab 7:30 Uhr) im Unterricht sind. Das stimmt. Aber die Primarschüler sind alle noch unterwegs. Und nochmals: Es geht bei einer Verkehrserhebung betreffend Strassenquerungen nicht darum, ob das Primar- oder Sekundarschüler sind, sondern es geht um Fussgängerrinnen und Fussgänger, die einen bestimmten Streifen überqueren. Das können auch Erwachsene sein. Man kann nicht einfach nur Kinder zählen. Henry Vogt hat dann noch eigene Zählungen vorgenommen. Auf diese komme ich später noch zurück. Er sagt nämlich, es seien nicht so wenige wie von uns erhoben, sondern 57 Schüler zu Fuss und 33 auf dem Velo. Kann man das jetzt bitte schnell auflegen, als Visualisierung und Gegenüberstellung? [Messergebnisse von Henry Vogt werden aufgelegt.] Dazu ist Folgendes zu sagen. Die Methode von Henry Vogt ist, wenn man schon diejenige der Gemeindepolizei kritisiert, keine valable Methode, die derjenigen der Polizei entgegengehalten werden könnte. Wie man sieht, sind die Zeiten in zwei Teile geteilt, zwischen 7:30 Uhr und 7:45 Uhr sowie zwischen 7:45 Uhr und 8:00 Uhr. Das ist faktisch eine halbe Stunde, die durch zwei geteilt wurde. Es sind nicht zwei verschiedene Zeiten. Das ist methodisch nicht richtig, wenn man es mit den Messungen der Gemeindepolizei gegenüberstellen will, die zu verschiedenen Tageszeiten gemacht wurden. So viel zur Relativierung der Zahlen. Schlussendlich ist es nur eine Momentaufnahme. Man kann die Messungen meinetwegen zusammennehmen, das akzeptiere ich. Ich sage nicht, er habe falsch gezählt. Es geht mir mehr um die Methodik. Ich bin schon der Meinung, dass man das zusammen mit den Zählungen der Gemeindepolizei betrachten kann.

Um was geht es eigentlich? Es geht um diesen Fussgängerstreifen, der sich dort befindet. Im Gemeinderatsbericht, S. 6 ff., sieht man ganz klar, wie es sich früher verhalten hatte. Es hatte dort Warteräume gegeben, die auf beiden Seiten von einer Rabatte abgetrennt waren. Der Fussgängerraum, der sich dort befindet, hat gegenüber anderen Strassen den Vorteil, dass er bis ganz an den Rand der Strasse geht. Das heisst, man hat nicht, wie in anderen Strassen, links und rechts die Situation, dass markierte Autos den Sichtwinkel nehmen, sondern es ist eine gleiche Situation wie vor der Post an der Baslerstrasse, wo eine Nase hinausgebaut wurde bis auf Höhe der Parkplätze. Das heisst nichts anderes, als dass die Einsicht in die Fabrikstrasse, die nota bene schnurgerade verläuft, von beiden Seiten her sehr gut ist. Das Einzige, was stört, ist eine Schwachstelle, die auch das Verkehrsbüro Pestalozzi und Stäheli gesehen hat, welches das Schulwegkonzept zum 3. Juni 2016 erstellt hat. Diese Schwachstelle liegt jedoch nicht in Fussgängerstreifen oder in den Querungen begründet, sondern es ging darum, dass der Raum nicht so gut einsehbar war wegen eines Baumes und des dortigen Bewuchses. Tatsächlich war früher auf der gegenüberliegenden Seite, also vis-a-vis von Karl Meyer, ein grosser Baum, und es hatte Efeu, auch an den Kandelabern. Die Massnahme heisst einfach: Efeu an Kandelabern zurückschneiden. Wir haben das von dem Ingenieurbüro entgegengenommen und gemerkt, dass es mit dem Zurückschneiden des Efeus nicht getan war. Man hat sich dann entschieden, dass man auch die bei den Rabatten befindlichen Hecken herunterschneidet, und vor allem dass man den Baum gegenüber dem Schulhaus fällt. Man hat auch noch dem Kanton in Auftrag gegeben – denn die Fabrikstrasse ist eine Kantonsstrasse –, dass er die im Hintergrund ersichtliche Birke fällen soll. Wir haben den Kanton mehrfach aufgefordert, dies endlich zu tun. Wenn es nach mir ginge, wäre dieser Baum schon lange gehäckselt, aber es geht in diesem Fall eben nicht nach mir. Es ist lange nichts gegangen und es bewegt sich momentan immer noch niemand auf Kantonsebene. Das ist ein Ärgernis, ganz klar, aber es ist das kleinere Übel an dem Ganzen.

Der grosse Baum also ist entfernt worden und somit hat man die Massnahme umgesetzt, die vom Verkehrsingenieurbüro gefordert worden war.

Der Postulant fordert, es müsse an dieser Stelle eine Überführung, ein Lotsendienst oder eine Lichtsignalanlage installiert werden. Wir haben das Ganze selbstverständlich geprüft. Dazu muss man wissen, dass eine Lichtsignalanlage nicht gratis zu bekommen ist. Das kostet. Ich habe vorhin von einer Exponentin der SVP gehört, dass ihrer Partei Kosten nicht ganz egal sind. Darum erwähne ich es auch. Es geht um CHF 200'000, die man sich mit dem Kanton teilen müsste. „Möchte die Gemeinde eine Lichtsignalanlage jedoch gegen die Überzeugung des Kantons durchsetzen, könnte der Kostenteiler laut nachfolgendem Auszug aus dem Strassenverkehrsgesetz nach Massgabe des Interesses der Gemeinde auch höher als bei 50 % festgelegt werden“, wie es in unseren Ausführungen heisst.

In den ergänzenden Ausführungen von Henry Vogt steht: „Langer Rede kurzer Sinn: Es stellt sich die Frage, ob die Einwohnerräte bereit sind, die Investitionen von CHF 100'000 bis 200'000 für eine Ampel zu tragen, ob wir bereit sind, in die Sicherheit unserer Kinder zu investieren. Ich bin es.“ – Natürlich ist das schön, wenn man das so formuliert. Aber die Gretchenfrage an Henry Vogt lautet natürlich, ob er mit dieser Forderung garantieren kann, dass es mit einer Lichtsignalanlage zu keinem Unfall kommt. Das tragische Beispiel, das ich vorhin erzählen musste, wäre eigentlich ein Argument dafür, dass es hier keine Lichtsignalanlage braucht, weil ein Lichtsignal auch eine Scheinsicherheit erzeugt. Das muss man auch einmal so hinnehmen. Der Strassenverkehr ist ein sehr komplexes, vielschichtiges Gebilde. Mit einer Lichtsignalanlage allein ist es eben noch lange nicht getan. Wenn die Frage ist, ob man bereit ist, in die Sicherheit zu investieren, dann möchte ich gerne an dieser Stelle auch noch darauf hinweisen, dass wir durchaus bereit sind, und Sie ja

---

auch. Sie sprechen nämlich einen namhaften Batzen im Rahmen der Sicherheit für die Gemeindepolizei. Diese macht sehr grosse Präventionsarbeit im Rahmen der Schulwegsicherheit. Das darf man auch einmal sagen, dass hier sehr viel Manpower eingesetzt wird. Ich bin auch bereit, in Sicherheit zu investieren, aber in Form von Gemeindepolizisten, von Schulwegsicherheit und gemeinsamem Vorgehen. Eine Lichtsignalanlage, die eigentlich in erster Linie eine kurzfristige Massnahme ist, die aber auch aus Sicht von Sachverständigen mehr Scheinsicherheit als effektive Sicherheit bringt, weil auch dann eine unfallfreie Querung nicht garantiert werden kann, ist keine Lösung.

Der Gemeinderat ist also der Meinung, dass mit den vorgenommenen Massnahmen, nämlich dem Zurückschneiden der Bäume, der Rabatten und des Efeus, die Sichtbarkeit an diesen Fussgängerstreifen gewährleistet ist und somit auch die Forderung erfüllt ist. Nun ebenfalls langer Rede kurzer Sinn: Ich möchte Sie bitten, gestützt auf diese langen Ausführungen, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und das Postulat abzuschliessen.

**Simon Maurer**, Präsident: Die Rednerliste ist eröffnet.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Lieber Philippe, ich will mich kürzer fassen als du und auf deine Ausführungen erwidern. Zur bfu: Das steht im Internet – das ist dort nachzulesen, ich habe mir das nicht aus den Fingern gesogen; vielleicht müsstest du dich mit den erwähnten 180 Seiten beschäftigen. Punkt 2, Binnerstrasse: Das ist ja noch prekärer, als ich gedacht hatte. Du redest von einem anderen Fall. Der Fall, von dem ich rede, hat sich genau gegenüber der Turnhalle ereignet am Zebrastreifen, und nicht hinten bei der Reblaub. Vielleicht ist dieser Fall nicht bis zur Kantonspolizei durchgedrungen, aber Lehrer haben es gesehen und mir davon berichtet, und Schüler ebenfalls. Drittens: Was das Fahrverbot im Lettenweg angeht, so steht das im Gemeinderatsbericht drin; es wird dort als „Fahrverbot“ bezeichnet. Viertens: Die Verkehrserhebungen des Kantons erfolgen nach meinen Informationen durch Sensoren, die an einen Pfosten gehängt werden und die vorbeifahrenden Autos zählen. Bezüglich der Zählungen, die ich selbst vorgenommen habe, möchte ich auch auf den Donnerstag eingehen. Gezählt wurde seitens Polizei von 7:45 Uhr bis 8:15 Uhr. Die Sekundarschüler waren schon in der Schule, das ist bekannt. Um 8:00 Uhr läutet es in der Primarschule zum zweiten Mal, das erste Mal läutet es um 7:55 Uhr; die Kinder sind um 5 vor 8 Uhr schon in der Schule drin, weil sie sich noch umziehen müssen, damit um 8:00 Uhr der Unterricht anfangen kann. Das bedeutet, um 5 vor 8 Uhr sind alle Schüler von der Strasse weg. Im Zählungszeitraum der Polizei sind also 20 Minuten enthalten, während derer niemand die Strasse überquert, wobei es mir vor allem um die Schüler geht und nicht um die Erwachsenen. Erwachsene gehen dort nach meiner Beobachtung so gut wie nicht über die Strasse. Das heisst, die Erhebung seitens der Polizei ist von mir aus gesehen grundsätzlich zur falschen Zeit gemacht worden. Ich habe meine Beobachtungszeiträume – 7:30 Uhr bis 7:45 Uhr und 7:45 Uhr bis 8:00 Uhr null – so gewählt, um zu zeigen, wann die meisten Schüler dort die Strasse überqueren und ich habe noch die erste Viertelstunde gemäss der polizeilichen Erhebung mit hereingenommen. Siebtens, Einsehbarkeit, Efeu, Bäume etc.: Wenn man dort mit dem Auto vorbeifährt, sieht man die Schüler fast nicht. Ich fahre dort öfter mit dem Auto vorbei. Sie sind sehr, sehr schwer sichtbar, und wenn es regnet, wenn es dunkel ist im Winter erst recht. Die Erstklässler haben noch eine Mütze an, die man in den gibt. Aber dann ist das vorbei. – Und zu den Kosten grundsätzlich: Es geht hier nicht um Kosten, sondern es geht rein um die Sicherheit unserer Kinder, die dort in die Schule gehen.

Dementsprechend ist der Bericht von mir aus gesehen nicht genügend, vor allem aufgrund der falschen Erhebungen, oder besser gesagt aufgrund der Erhebungen zur falschen Zeit. Ich empfehle dem Rat, den Bericht als nicht erledigt abzuschliessen und ihn in den Gemeinderat zurückzuweisen in der Hoffnung, dass wir im nächsten Bericht vielleicht eine Art Lösungsansatz bekommen.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Unsere Fraktion hat es sehr begrüsst, dass dieses Postulat eingereicht wurde, weil wir fanden, was hier beschrieben wird, ist wirklich ein Problem. Wir sind mit dem Bericht nicht zufrieden und folgen dem Antrag auf Nichtabschreiben. Ich nenne noch zwei, drei Gründe: Das ganze Problem ist natürlich auch wieder Ausdruck eines fehlenden Gesamtverkehrskonzepts. Ein Gesamtverkehrskonzept heisst nicht, dass man während einer Bauzeit den Verkehr regelt. Wir haben hier die Fabrikstrasse, die zwar nicht so viel Verkehr führt wie die Binnerstrasse oder die Baslerstrasse, die sich aber nicht eignet, um den Verkehr zu verdauen, der dort durchgeht. Die Fabrikstrasse ist nicht so ausgebaut, dass sie dem Verkehr gut gewachsen ist. Das ist ein Grundproblem. Zweitens: Mit Blick in die Zukunft gibt uns in Bezug auf die Kindersicherheit zu denken, dass wir mit einem Kreislauf bei der Haltestelle Ziegelei rechnen müssen und damit verbunden mit dem Wegfall der Lichtsignalanlage, die dort die Überquerung der Strasse sichert. Wir werden in Zukunft also eher weniger Sicherheit für Kinder haben, die ihren Schulweg von Norden her unter die Füsse nehmen müssen. Das ist ein Grund mehr, warum wir dieses Postulat als nicht erledigt betrachten.

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Ich hätte noch eine Frage an den Gemeinderat. Es geht um die Zahlen, die wir gehört haben, wonach wesentlich weniger Verkehr durch die Fabrikstrasse fährt als durch die Binningerstrasse. Wie wird das sein, wenn dereinst die Baslerstrasse saniert werden soll? Ich gehe davon aus, dass die Fabrikstrasse dann eine Umfahrungsmöglichkeit sein wird. Wie beurteilt der Gemeinderat dann die Situation in der Fabrikstrasse?

**Rolf Adam**, CVP-Fraktion: Für Kinder spielt der Schulweg eine grosse Rolle, vor allem wenn sie zu Fuss unterwegs sind. Sie schliessen Freundschaften und entdecken sozusagen ihre kleine Welt. Sie werden selbstständig, beobachten und lernen so, mit der Situation des Verkehrs umzugehen; und sie können so auch ihre eigenen Einschätzungen gewinnen und Vertrauen in diese setzen. Der fahrende Verkehr ist eine Problematik für Kinder, aber wir dürfen sie nicht verhätscheln. Sie sollen selbstständig lernen; wir appellieren hier auch an ihren gesunden Menschenverstand, so wie sie es durch die Präventionspolizisten im Kindergarten oder in der ersten Klasse mitbekommen, sich an die Anweisungen zu halten. Wir von der CVP-Fraktion sehen hier keinen grossen Handlungsbedarf. Was man sicher tun kann, ist, präventiv entgegenzuwirken in dem Sinne, dass man ein Schild aufstellt „Achtung Kinder“. Das ist sicher eine günstigere Variante als eine ganze Signalisationsanlage.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich gehe nicht auf das Grosse und Ganze ein, sondern ich möchte in die Tiefe gehen. Und zwar wurden vorhin Methoden angesprochen. Es gibt verschiedene Messmethoden und Zählungsmethoden, darüber kann man sich streiten. Ich möchte auf eine andere Methode eingehen, nämlich auf diejenige bezüglich der Sichtweiten. Leider ist es so, dass sich zwischen dem Begutachtungszeitpunkt und heute die Methode bezüglich der Sichtweitemessung im Kanton geändert hat. Sie ist breiter geworden. Leider sind die Messungen beim vorliegenden Geschäft nicht aufgrund der neuen Methode erfolgt, sondern die Sichtweite wurde auf Basis der alten Methode festgestellt. Nach neuer Methode müssten weitere Massnahmen erfolgen. Zum Ersten müsste ein Baum entfernt werden, zum Zweiten auch zwei Parkfelder. Das wäre auch allemal günstiger als eine Lichtsignalanlage. Wir hatten das vorbereitet, bzw. Lukas Hess wollte dies tun. Er ist kurzfristig erkrankt und heute nicht anwesend, darum haben wir das nicht schriftlich hier. Wenn wir den Bericht aber heute zurückweisen und nochmals über die Sache drübergegangen wird, dann wird man dort etwas ändern können, ohne richtig tief ins Portemonnaie greifen zu müssen.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Zunächst einmal das Positive. Es ist anzuerkennen, dass der Gemeinderat auf das Postulat nicht einfach nichts getan hat, sondern man hat geschaut, dass man etwas tun kann in Bezug auf die Sichtweiten. Die Frage ist: Reicht das? Damit komme ich zu dem sehr langen Votum von Gemeinderat Hofmann. Wenn man so viele Worte braucht, um eine relativ einfache Frage zu beantworten und eine relativ einfache Sache zu verteidigen, dann muss man sich schon fragen, ob die Argumente wirklich gut sind. Und wenn man dann noch sagen muss, es gebe natürlich keine absolute Sicherheit – das kann man natürlich immer erzählen, und mit diesem Totschlagargument muss man dann gar nichts mehr tun für die Sicherheit. Schauen wir die Situation einmal ganz objektiv an. Die Fabrikstrasse ist nicht die am stärksten belastete Strasse, aber sie ist eine stark belastete. Es fahren dort ungefähr 6'000 Autos pro Tag durch, das ist in der Grössenordnung nicht viel weniger als an der Baslerstrasse auf Höhe des Schulhauses Neuallschwil, wo es auch eine Lichtsignalanlage hat. Dort fahren 8'000 Fahrzeuge pro Tag durch. Das Verkehrsaufkommen ist also ungefähr vergleichbar. Aufgrund der vorliegenden Zählung kann man davon ausgehen, dass in der Zeit, in welcher die Schüler hauptsächlich unterwegs sind, ungefähr alle 12 Sekunden ein Auto durchfährt. Und nun haben wir hier eine Strasse, die keine Mittelinsel hat. Man muss einfach sehen, dass für einen Primarschüler die Überquerung einer Strasse ohne Mittelinsel extrem herausfordernd ist. Das ist anspruchsvoll. Denn es kann ja noch lange ein Auto auf der einen Seite halten, aber dann muss man auch noch auf die andere Seite achten. Das ist eine schwierige Situation. Diese haben wir sonst auf den Schulwegen praktisch nirgends in Allschwil. Auf anderen Strassen, wo viel Verkehr herrscht, haben wir durchweg Mittelinseln, beispielsweise an der Spitzwaldstrasse. In der Fabrikstrasse können wir keine Mittelinsel machen mit vernünftigem Aufwand. Es handelt sich erstens um eine Kantonsstrasse, die nicht in der Kompetenz der Gemeinde liegt. Zweitens müsste man für eine Mittelinsel auch alles umbauen, was sicher sehr viel teurer käme als eine Lichtsignalanlage. Wenn man also etwas tun will, dann ist die Lichtsignalanlage sicher das Mittel der Wahl. Und aufgrund des Aufkommens an Schülern und aufgrund dessen, dass es eine wichtige Route ist, und da künftig die Lichtsignalanlage an der Haltestelle Ziegelei wegfällt, weil dort ein Kreisel kommt – was auch eine anspruchsvolle Situation für Primarschüler darstellt – besteht ein ausgewiesener Bedarf, etwas für die Schulwegsicherheit zu tun. Wenn man die CHF 100'000, die die Gemeinde hier vielleicht ausgeben müsste, vergleicht mit den 12 Millionen, die wir gerade eben gesprochen haben – unter anderem für Haltestellenausbau im Sinne der Behindertengleichstellung bei jedoch fast nicht vorhandenem Rollstuhlfahrerverkehr –, und wenn dann infrage gestellt wird, ob man etwas für die Sicherheit der Schulkinder ausgeben soll, die die Fabrikstrasse tatsächlich überqueren, dann ist das doch irgendwo Verhältnisblödsinn.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Ich habe die Befürchtung, dass es bei einer Lichtsignalanlage darauf hinauslaufen würde, dass sehr viele Schüler gar nicht den Knopf drücken, sondern einfach so über die Strasse gehen würden. Und sie wiegt man dann in falscher Sicherheit. Ich bewahre diese Strasse x-mal auf dem Weg zu unserer Schreinerei, und ich befahre die Strasse mit verschiedenen Autos. Dabei habe ich festgestellt, wenn ich die Strecke mit dem Lieferwagen fahre, dann habe ich eine gute Übersicht. Wenn ich mit einem normalen PW fahre, der er tiefer gelegt ist, dann sehe ich es grottenschlecht. Und tatsächlich habe ich einmal einen Buben, der höher ist als die dortige gestutzte Hecke und breiter als der Baum, nicht gesehen, weil er hinter einem grösseren Auto hervor oder von der Seite herauf kam. Es läuft also darauf hinaus, dass der Blickwinkel, wenn man mit 50 km/h in einem normalen PW daherkommt, zu klein ist. Und wenn wir jetzt dort eine Lichtsignalanlage für CHF 100'000 installieren, aber niemand den Knopf drückt, sondern einfach so über die Strasse geht, dann reicht es nicht einmal zum Bremsen, wenn man mit einem 50er daherkommt. Es ist eine Tatsache, dass der Blickwinkel viel zu kurz ist, um jemanden zu sehen, der von der Seite her kommt. Ich bin darum auch zum Schluss gekommen, die billigste Variante wäre, ein Parkfeld aufzulösen, damit ein Autofahrer, der erlaubterweise mit 50 km/h daherkommt, eine Chance hat, einen Fussgänger zu erkennen, der von der Seite her kommend die Strasse überqueren will. Das ist die einzige und günstigste Lösung überhaupt. Eine Lichtsignalanlage wäre an sich keine schlechte Sache, wenn man wüsste, dass jeder sie auch benutzt. Aber es benutzt sie halt nicht jeder.

**Christoph Ruckstuhl**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich befahre jeden Tag, zweimal in jede Richtung, die Wanderstrasse / Kreuzung Spitzwaldstrasse. Dort haben wir seit mehreren Jahren eine Ampel. Ich stelle fest, dass sie sehr diszipliniert benutzt wird von den Primarschülern. Ich kann mich nicht erinnern, jemals erlebt zu haben, dass ein Primarschüler nicht zuerst den Knopf drückt und dann wartet, ehe er die Strasse überquert. Das tun höchstens einmal Erwachsene. Bei den Primarschülern achten auch die Eltern darauf, dass sie den Knopf drücken, dann warten, und erst über die Strasse gehen, wenn sie grünes Licht haben. Man soll den Wert von Lichtsignalanlagen nicht herunterspielen, indem man behauptet, die Strasse werde sowieso bei Rot überquert. Das ist auch so ein Totschlagargument, dem ich absolut nicht zustimmen kann.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Generell geht es ja darum, dass wir das Postulat nicht abschreiben, sondern es zurückschicken, damit wir genau darüber diskutieren können, was geschehen soll: Ampel, Parkplatz aufheben oder was immer. Zum Votum der FDP-Fraktion möchte ich etwas hinzufügen. Als es um die Lichtsignalanlage beim Schulhaus Gartenhof ging, war die SVP-Fraktion dagegen, und zwar mit dem Argument, dass dies bei der Abrechnung in die Umgebungsarbeiten hineingehört hätte. Man hat lang und breit darüber diskutiert, wir waren am Ende die Einzigen, die dagegen waren. Man hat sich mit wahnsinniger Polemik für die Sicherheit der Kinder eingesetzt und uns so hingestellt, als wäre uns diese nichts wert. Und jetzt macht sich die FDP Sorgen darüber, ob die Kinder dort auch das Knöpfchen drücken werden. Das ist ein halbes Jahr her, und wir hören so unterschiedliche Voten, dass es mich ein wenig lächerlich dünkt.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Beim Fussgängerstreifen am neuen Schulhaus ging es darum, dass dieser rechtlich nicht zur Abrechnung gehöre, sondern in die Strassenplanung. Die FDP hat nie anders argumentiert, als dass die Kostenabrechnung hinten und vorne nicht stimmen würde, wenn man es in die Schulhausabrechnung hinein gesteckt hätte. Etwas anderes haben wir in dem Zusammenhang nicht gesagt.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Zwei, drei Ergänzungen zu den vorgetragenen Voten: Ueli Keller sagte, es gebe kein Konzept. Das ist nicht richtig. Es gibt zumindest ein Schulwegsicherheitskonzept, das im Juni 2016 erstellt wurde. Ueli Keller meint wahrscheinlich etwas anderes, ein Strassenführungskonzept oder so. Wir haben jetzt die Situation am Grabenring, wo sich eine Lichtsignalanlage befindet, und wir haben vorne bei der Gartenstrasse einen Kreisel. Das Lichtsignal stört, weil es den Verkehrsfluss hindert. Entsprechend wird in Bezug auf die Fabrikstrasse argumentiert werden: Ihr macht hier eine Lichtsignalanlage, aber vorne gibt es einen Kreisel, damit der Verkehr fließen kann. Es wird auch nota bene betont, wie stark die Fabrikstrasse befahren ist. Und nun soll man da eine Lichtsignalanlage hinstellen, d.h., der viele Verkehr, der beschrieben wurde, könnte er gar nicht mehr abfließen. Er würde sich auch in die andere Richtung stauen. Oben an der Einmündung Fabrikstrasse/Binningerstrasse haben wir auch einen Kreisel. Wenn man dieses Argument ins Feld führen wollte, dann müsste man sagen: Es kann ja nicht richtig sein, dass man irgendwo eine Lichtsignalanlage hinstellt, wo es zwei Kreisel hat, damit der Verkehr optimal fließen kann. Das macht man ja anderswo auch nicht. Aber lassen wir das einmal so im Raum stehen, denn das hat der mit dem Postulat eigentlich gar nichts zu tun.

Niklaus Morat fragte an wegen der Sanierung der Baslerstrasse. Tatsächlich könnte in Betracht gezogen werden, dass dann die Fabrikstrasse als Umfahrung gesehen wird. Das muss man natürlich zuerst noch im Detail anschauen. Das wird zu gegebener Zeit auch geschehen. – Zum Votum von Matthias Häuptli ist zu sagen, dass natürlich 8'000 Fahrzeuge mehr sind als 6'000, das ist eine riesengrosse Spanne. Das kann man nicht einfach gleichsetzen. – Was die Mittelinsel angeht, die als taugliches Mittel angesprochen wurde,

so meine ich, bin aber nicht ganz sicher, dass auch an der Fabrikstrasse, vorne beim Kreisel, eine Mittelinsel angedacht ist. Diese könnte man ja nutzen, wenn dies als taugliches Instrument für einen Primarschüler zur Querung der Fabrikstrasse postuliert wird. – Zum Votum von Etienne Winter: Es würde mich wundernehmen, was das für eine neue Methode ist. Wir haben gemessen nach der Schweizer Norm 640241, wenn ich es recht sehe. Da werden Sichtweiten von 55 bzw. 100 m verlangt, und die sind ganz klar gegeben. Ich würde jedoch Etienne bitten, mir seine Messwerte zukommen zu lassen, damit wir das vergleichen können.

**Kathrin Schaltenbrand-Kovacs**, FDP-Fraktion: Ich persönlich möchte auch darum bitten, dass man das Postulat nicht als abgeschlossen durchwinkt. Ich habe das Gefühl, dass hier ein Konzept vorhanden war, aber damals existierte noch das Bettenacker-Schulhaus. Inzwischen müssen die Kinder aus einem ganzen Quartier neu über die Fabrikstrasse gehen, um an den Gartenhof zu gelangen. Ich habe es probiert, auch als Velofahrerin. Es gibt einfach eine Ecke, von der aus man das Überqueren der Kinder nicht sieht. Damit möchte ich in erster Linie das unterstützen, was Etienne Winter sagte: Kurzmassnahmen ergreifen und das ganze nochmals anschauen.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Zwei Anmerkungen zu dem, was Gemeinderat Hofmann sagte: Zur Frage, ob es einen Stau gibt: Es handelt sich um eine Kantonsstrasse. Eine Lichtsignalanlage wird nur gebaut, wenn der Kanton einwilligt. Er wird dies nur tun, wenn die Verkehrssituation dadurch nicht allzu ungünstig beeinflusst wird. Es wäre ja auch nur eine Lichtsignalanlage, die nur dann geschaltet wird, wenn tatsächlich Fussgänger queren wollen. Das ist etwas anderes als die Situation beim Grabenring oder am Hegenheimermattweg, wo die Lichtsignalanlagen die Kreuzungen regeln und dementsprechend den Verkehrsfluss ganz anders beeinflussen. Aber das braucht uns, wenn wir das Postulat stehen lassen, gar nicht zu kümmern. Denn wir beschliessen hier ja nicht über eine Lichtsignalanlage, sondern nur darüber, dass die Gemeinde weitere Abklärungen trifft und beim Kanton vorstellig werden soll, damit man dann die Grundlagen hätte, um eventuell eine Lichtsignalanlage zu installieren. Zweitens zur Mittelinsel: Es gibt da eine Einschränkung, wie alle wissen. Es ist auch beim Tiefbauamt unbestritten, wie ich gerade kürzlich hörte im Zusammenhang mit der Diskussion um die Sanierung der Baslerstrasse: Die Platzierung von Fussgängerstreifen bei Kreiseln wird generell als problematisch angesehen. Das ist eine schwierige Situation, Mittelinsel hin oder her, weil viele Autofahrer mit der Kreiselsituation stark gefordert sind. Man muss nach sehr vielen Seiten schauen, und dann hat es auch noch Fussgänger. Damit ist kein Verkehrsplaner glücklich. Wenn man den Fussgängerstreifen zu nahe an den Kreisel heranbringt, dann sieht der Autofahrer den Fussgänger erst im letzten Moment. Wenn man den Fussgängerstreifen weiter wegnimmt, dann besteht die Gefahr, dass die Fussgänger ihn nicht benutzen, sondern die Strasse ungeordnet queren. Man macht dann irgendeinen Kompromiss, mit dem aber niemand glücklich ist. D.h., die Situation beim Kreisel Ziegelei wird nicht optimal sein, das muss man einfach wissen. Darum ist es wichtig, dass es die Ausweichmöglichkeit gibt, erst auf Höhe des Schulhauses, beim Lettenweg, die Fabrikstrasse zu überqueren.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Wir reden hier im Kreis herum. Dabei ist es gar nicht an uns, die Lösung zu finden, wie Florian schon sagte. Die Lösung soll uns der Gemeinderat aufzeigen. Wir sagen einfach: Die Basis dieser Berechnung ist nicht richtig. Gemäss der neuen Norm misst man nicht mehr vorne am Fussgängerstreifen, sondern 1 m zurück. Das setzt den Winkel anders. Nach unserer Einschätzung macht das einen oder zwei Parkplätze aus, die für die höhere Sicherheit draufgehen könnten. Das wäre eine recht günstige Variante. Aber das müssen wir jetzt gar nicht diskutieren. Der Gemeinderat soll das Geschäft zurücknehmen und mit einer neuen Vorlage kommen, dann sehen wir, wie es sich genau geändert hat.

**Simon Maurer**, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich eine artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zum Antrag des Gemeinderats (S. 9 des Berichts).

### *Abstimmung*

#### Antrag des Gemeinderates:

1. Das Postulat 4313 wird als erledigt abgeschlossen.

**//:**

Der Antrag auf Abschreibung wird mit 26 Nein zu 4 Ja bei 1 Enthaltung abgelehnt. .

**Simon Maurer**, Präsident: Somit geht der Bericht zurück an den Gemeinderat und die Schlussabstimmung entfällt. Wir machen Pause bis 20:00 Uhr.

PAUSE

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Ich muss noch eine Antwort geben aus der Juni-Sitzung. Im Zusammenhang mit dem Jahresbericht 2016 hatte Andreas Bärtsch nach den vermehrten Wasserleitungsbrüchen gefragt. Ganz korrekt gesagt ist es nicht so, dass man mehr Wasserleitungsbrüche hatte. Genau gesagt hatte man einen grösseren Aufwand, weil es sich um grössere Brüche handelte. Ich habe hier eine Statistik: Wir hatten im Jahr 2011: 15 Brüche, 2012: 20, 2013: 12, 2014: 6, 2015: 22, 2016: 19. im 2017, Stand 7. September, sind wir bei 18 Brüchen.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Ich informiere kurz in Sachen „Milchhüsli“. Es handelt sich um eine erfreuliche Information. Man kann festhalten, dass per 1. Dezember Pierre Coulin das Milchhüsli übernehmen wird. Mit ihm haben wir einen sehr innovativen Unternehmer, der ein eigenes Geschäft namens RegioBäle führt und gewillt ist, erstens den Laden an Ort und Stelle zu führen, zweitens die Post dort zu beherbergen und drittens, was auch sehr wichtig ist, die vier Verkäuferinnen als Personal mit zu übernehmen. Das sind drei sehr gute Nachrichten, die ich hier verkünden darf. Pierre Coulin möchte den Laden ein wenig umgestalten. Er ist Käser und hat vor, den ehemaligen Kühlraum hinter dem Milchhüsli umzubauen, um dort selber Käse herstellen zu können. Er möchte auch, dass diese Käseproduktion ein wenig zu den Leuten kommt und öffentlich gemacht wird, also zum Beispiel im Sinne von Schau-Käsen, oder dass mit ihm und unter seiner Anleitung Käse gemacht werden kann. Vielleicht ist das ja etwas, wo das Heimatmuseum mit einbezogen werden kann, wer weiss. Es soll auch wie heute schon einen Auslieferdienst geben. Wie man im Weiteren am „Bebby sym Jazz“ auf dem Rümelinsplatz sehen konnte, unterhielt Pierre Coulin dort einen Grill oder Raclette-Ofen, der vielleicht auch in Allschwil auf dem Markt eingesetzt werden könnte. Das wäre eine tolle Sache. – Wir werden also die Post dort behalten, das Personal bleibt erhalten, und das Milchhüsli bleibt uns vielleicht nicht in der gleichen, aber einer ansprechenden Form erhalten. Wir freuen uns, wenn es dann voraussichtlich im Februar 2018 einen Tag der offenen Tür geben wird.

FRAGESTUNDE

**Simon Maurer**, Präsident: Diverse Einwohnerräte haben ihre Fragen schon vorgängig schriftlich eingereicht. Ich möchte die Betreffenden bitten, Ihre Fragen hier trotzdem nochmals mündlich zu stellen.

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Ich habe Fragen zu zwei Themen. Hier zunächst die erste Frage, die ich schon schriftlich eingegeben habe: Es geht um die Beziehung zu unseren Partnerstädten. Ursprünglich hatte ich vorgehabt, eine Interpellation zu schreiben. Aber zur Partnerstadt Pfullendorf wurde in der näheren Vergangenheit schon sehr viel gesagt, sodass sich die Interpellation erübrig. Dennoch bleiben zwei Fragen: 1. Ist die Partnerschaft mit Blaj von beiden Seiten noch erwünscht? 2. Josua Studer hat anno dazumal, am 20.06.2011, eine Motion eingereicht betreffend Wegweiser zu den Partnerstädten. Diese wurde vom Gemeinderat beantwortet am 12.12.2012, allerdings als Postulat, wobei ich nicht mehr genau sagen kann, wie man die Motion umgewandelt hat. Behandelt wurde das Ganze in der Einwohnerratssitzung vom 27.2.2013, und eigentlich hiess es dort, dass auf der Wegmatten ein solcher Wegweiser aufgestellt werden soll. Meine Frage: Was läuft mit diesem Wegweiser?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Bezüglich der ersten Frage musste ich ein wenig in die Geschichte eintauchen und führe zur Partnerstadt Blaj gern das Folgende aus: Die Partnerschaft wurde im Jahr 1990 eingegangen, und zwar weil Allschwil helfen wollte. Ich denke, in dieser Zeit war das auch ganz richtig, und das hat man dann ja auch getan. Man hat eine Kerngruppe Blaj eingesetzt, zusammengesetzt aus Vertreterinnen und Vertretern des Gemeinderats und des Einwohnerrates, auch Lehrerinnen und Lehrer waren dabei, Ärztinnen und Ärzte, Leute aus der Kirche und aus der Verwaltung. Es gab dann verschiedene Berufsaustauschverfahren. Es kam einmal eine Ärztin aus Blaj hierher, um eine Stage zu machen. Mehrmals hatten wir Winzer hier, zwar nicht in Allschwil selbst, weil wir keine solchen Betriebe haben, aber in Aesch. Es gab auch eine Krankenschwester, die hier im Altersheim ein Praktikum machte. Es fanden auch zwei Besuche einer Allschwiler Delegation. Im Jahr 2010 war der letzte Besuch einer Delegation in Blaj; damals war ich selbst auch dabei. Seither ist aber diese Partnerschaft etwas eingeschlafen oder sogar sehr eingeschlafen. Wir haben immer wieder Versuche unternommen, die Partnerschaft wiederzubeleben. 2014 wurde dann zum letzten Mal ein Betrag im Budget eingestellt. Aber Blaj hat einfach nie reagiert auf die Mails, die wir schrieben. Einmal schrieben wir sogar, wir würden uns dafür stark machen, die Partnerschaft

---

aufzulösen. Nicht einmal darauf wurde eingegangen. Ich denke, wir beabsichtigen jetzt wirklich, diese Partnerschaft zu beenden und auch die diesbezüglichen Hinweisschilder zu entfernen.

Zur zweiten Frage: Es ist richtig, dass es da einmal eine Motion gab mit dem Ziel, dass ein solcher Wegweiser aufgestellt werden soll. Diese wurde dann in ein Postulat umgewandelt und an den Gemeinderat überwiesen. Der Gemeinderat hat sie, wie du richtig ausführst, im Februar 2013 beantwortet. Man hat in dieser Antwort verschiedene Standorte gesucht. Einer war am Dorfplatz, einer vor dem Gemeindezentrum und der dritte im Wegmattenpark. Man entschloss sich, das Schild im Wegmattenpark aufzustellen. Bis jetzt wurde das noch nicht getan. Wir dachten, es mache mehr Sinn, den genauen Standort im Zusammenhang mit dem Gesamtkonzept Wegmattenpark festzulegen. Aus Sicht des Gemeinderats wäre es nicht richtig, das Schild jetzt einfach irgendwo hin zu stellen, und am Schluss weiss niemand, ob das wirklich der richtige Ort ist, und man könnte es dann auch nicht wirklich publikumswirksam eröffnen. Darum wollten wir warten, bis man weiss, wie die Gestaltung insgesamt aussieht. Ich weiss, es gab ja eine grosse Verzögerung, aber ich denke, man kann die Argumentation nachvollziehen.

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Besten Dank für diese Antworten. Ich habe wie gesagt noch eine Frage zu einem anderen Thema. Es geht um den öffentlichen Verkehr an der Haltestelle Paradies. Es gibt ja deren vier. Zwei davon befinden sich in der Spitzwaldstrasse, zwei in der Binneringerstrasse. An diesen vier Haltestellen hat es nur einen einzigen Billettautomaten. Ich möchte den Gemeinderat anfragen, ob er bereit wäre, bei den BVB vorstellig zu werden und in der Binneringerstrasse mindestens einen weiteren Billettautomaten einzufordern.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Seit Juni ist das Ressort Siedlungsentwicklung und Mobilität bei mir, darum beantworte ich diese Frage gern. Selbstverständlich ist die Situation an der Haltestelle Paradies nicht sehr befriedigend. Wir werden das entgegennehmen und mit unserer Verwaltung zusammen prüfen, und wir werden gegebenenfalls beim Regierungsrat – wir müssen das ja immer über den Kanton laufen lassen – vorstellig werden, um zu sehen, was getan werden kann. Aber ich denke, das Anliegen ist prüfenswert, darum nehmen wir es gerne mit.

**Andreas Widmer**, CVP-Fraktion: Ich habe den Gemeinderat letzten Mittwoch via Mail eine Frage vorgelegt: Bei der Einmündung der Bettenstrasse in die Baslerstrasse wird seit einiger Zeit eine Liegenschaft umgebaut. Im Zuge dieser Umbauarbeiten mussten auch diverse Werksanschlüsse erstellt werden. Aus diesem Grund hat man ca. im Mai/Juni 2017 in der Bettenstrasse zwei grössere Löcher ausgehoben. Diese wurden später mit Kies aufgefüllt, der verdichtet wurde. Aus meiner Sicht war das vor allem für Fahrradfahrer problematisch und ein Sicherheitsrisiko, zumal die Baustelle in der Bettenstrasse relativ schlecht gesichert war mit einer Baustellensignalisation. Viele Verkehrsteilnehmer wichen auf die Gegenfahrbahn aus, weil sie nicht über diesen Belag fahren wollten. Zu diesem Thema habe ich zwei Fragen: 1. Bis wann sollen diese Löcher mit einem ordentlichen Belag, provisorisch oder definitiv, versehen und die Fahrbahn damit wieder normal befahrbar sein? 2. Ist die Zeit von über drei Monaten Kiesbelag normal für solche Arbeiten? Frage 1 kann ich mittlerweile selber beantworten. Letzten Freitagabend hat man die Löcher mit einem Teerbelag geflickt, das ist also soweit vom Tisch. Es steht einfach noch die Frage offen, ob drei Monate Kiesbelag normal sind.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Für eine solche Baustelle braucht es eine Auftragsbewilligung. Der Gesuchsteller muss verschiedene Angaben machen, unter anderem dazu, was er vorhat und in welchem Zeitraum er das zu tun gedenkt. Für die Signalisation wäre auch der Unternehmer zuständig, und es gibt natürlich dann genaue Vorgaben, wie der Strassenbelag wieder hergestellt werden muss. Nach Abschluss des Vorhabens wird die Strasse von Marcel Goepfert abgenommen und beurteilt, ob das fachmännisch ausgeführt wurde. Im vorliegenden Fall war es so, dass ohne Bewilligung aufgegraben worden war. Es wurde auch nicht reagiert, als die Verwaltung sagte, es müsse ein Gesuch gestellt werden. Dann hat sich das Ganze offensichtlich auch noch länger hingezogen. Die Kontrolle solcher Baustellen erfolgt einerseits durch die Gemeindepolizei, andererseits durch den Werkhof. Sicher ist, dass in diesem Falle nicht alles so gelaufen ist, wie es hätte laufen sollen. Diese Baustelle stellt die Verwaltung immer wieder vor Spezialaufgaben. Dinge, wie sie hier passiert sind, gilt es natürlich eigentlich zu verhindern und es ist sicher so, dass man besser hätte hinschauen müssen. Künftig werden wir mit solchen Unternehmungen mehr Klartext reden müssen.

**Andreas Widmer**, CVP-Fraktion: Ich bedanke mich recht herzlich für die Antwort, vor allen Dingen auch bei der Verwaltung die bei der Ausarbeitung der Beantwortung sicher mitgeholfen hat. Ich bin froh, wenn man künftig auf solche Dinge ein Auge wirft.

**Andreas Bammatter**, SP-Fraktion: Es geht um Entlohnung als Wertschätzung. Seit dem 1. Juli ist die Verwaltung auf dem Papier neu aufgestellt, wie wir alle wissen. Mir wurde nun im Dorf und in der Verwaltung

---

zugetragen, dass dies zu Lohnanpassungen bei den obersten Kadergehältern, sprich bei der Geschäftsleitung, nach oben hin geführt hat. Eine Reorganisation, wie sie jetzt durchgeführt wird, bedeutet für alle Mitarbeitenden im Normalfall einen grossen Mehraufwand. Wir wissen alle, nachdem die Rechnungen in Allschwil in den letzten Jahren wirklich sehr gut abgeschnitten hatten und das Budget 2018 sicher in grossen Zügen fast fertig erstellt ist, ist es doch angebracht, wieder einmal anzufragen, ob die als Sparmassnahme deklarierte 1 %-ige Lohnkürzung auch beim Personal rückgängig gemacht werden kann. Die Datenbasis, die ich habe, ist die Rechnung 2016. Die Löhne der Verwaltung betragen etwa CHF 14.2 Mio., diejenigen der Lehrkräfte CHF 9.4 Mio. Wir waren dort um rund CHF 500'000 unter Budget. Meine Frage dazu ist darum: Ist der Gemeinderat bereit, auch dem restlichen Personal die Wertschätzung, die er der Geschäftsleitung entgegen gebracht hat, zu gewähren und die Löhne dieses Jahr um mindestens 1 Prozent anzuheben, was einen Budgetposten von ca. CHF 300'000 ausmachen würde? Wenn nein, warum nicht?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich beantworte diese Frage gern, auch wenn Du, Andreas, weisst, dass die Antwort nicht ganz leicht zu geben ist. Sie hängt, glaube ich, von der Optik ab. Wenn man die Optik Wertschätzung einnimmt, dann ist wohl klar, dass alle Gemeinderäte – und ich gehe einmal davon aus: auch alle Einwohnerrätinnen und –räte – deinem Wunsch zustimmen würden, die Lohnreduktion rückgängig zu machen und den Lohn des gesamten Personals wieder um 1 Prozent anzuheben. Wenn man die Optik „letzte Rechnungsabschlüsse“ einnimmt, kommt man wohl zum gleichen Resultat. Wenn aber die Optik „Budget“ eingenommen wird, dann wird es etwas schwieriger, diese Lohnanpassung zu vertreten. Wir haben immer noch ein strukturelles Defizit und die finanziellen Herausforderungen sind immer noch vorhanden, respektive sicher noch nicht beseitigt. Diese Optik hat der Gemeinderat bei der letzten Budgetsitzung eingenommen und ist deshalb auch zum Ergebnis gelangt, dass eine Lohnerhöhung um 1 Prozent nicht drin liegt. Es handelt sich ja um ein Thema, das wir nicht hier diskutieren sollten, sondern es gehört ganz klar in die Budgetsitzung, und ich möchte beliebt machen, dass wir das Thema dann dort besprechen.

**Andreas Bammatter**, SP-Fraktion: Besten Dank. Selbstverständlich ist das eine Budgetgeschichte. Mir geht es darum, dass hier die Schere wieder ein bisschen auseinandergeht, d.h., die oberen bekommen noch einmal mehr, und die unteren müssen die Bestrafung – ich kann es nicht anders nennen als Sozialdemokrat – hinnehmen, dass sie eine Lohnkürzung haben. Dazu muss man einfach Stellung nehmen und sagen, unsere Löhne sind so eingestuft, wie sie sind, und dann ist es am Schluss auch gegessen. Aber dann muss man auch dazu stehen und sagen: Wir haben die Löhne gegen oben neu eingereiht, und die gegen unten bleiben unten, bei 99 %. Alles andere wird halt immer wieder dazu führen, dass unsere Partei sich für diejenigen einsetzt, die auch mitarbeiten und die auch ein Anrecht haben, dass sie entsprechend entlohnt werden.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Zu diesem Argument möchte ich vielleicht folgendes richtig stellen: Es ist so, dass es eine Anpassung gegeben hat beim Kader, aber nur auf der Stufe Bereichsleiter. Diese gab es deshalb, weil die bisherigen Hauptabteilungsleiter einen neuen Stellenbeschrieb erhalten haben. Sie sind neu nicht mehr Hauptabteilungsleiter, sondern Bereichsleiter und gleichzeitig Mitglied der Geschäftsleitung. D.h., sie haben eine neue Aufgabe bekommen, sie haben eine neue Funktion bekommen, und darum hat man auch den Lohn entsprechend angepasst. Das ist der Grund.

**Beatrice Stierli**, CVP-Fraktion: Wir haben heute zwar schon viel über Strassensanierungen und Verkehrsführung diskutiert. Ich möchte trotzdem noch eine Frage in diese Richtung stellen: Wie geht es weiter mit der Sanierung der Oberwilerstrasse? Die erste Etappe ist ja schon länger abgeschlossen, und meines Wissens stehen dort noch eine zweite und eine dritte Etappe an. Wann soll das in Angriff genommen werden und ist das auf der Zeitachse mit Baslerstrasse und Hegenheimermattweg abgeglichen?

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Wir haben extra nochmals beim Tiefbauamt nachgefragt, was vorgesehen ist. Wie du richtig gesagt hast, ist der Taktgeber für solche Arbeiten die Umgestaltung der Baslerstrasse. Man hat uns die Auskunft gegeben, dass im Jahr 2020 die zweite Etappe der Oberwilerstrasse zwischen Rebgässli und Himmelreichweg geplant ist, und von 2021 bis 2024 die Strassensanierung der ganzen Oberwilerstrasse zwischen Himmelreichweg und dem Gymnasium Oberwil.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe eine Nachfrage zum Flugverkehr. Der Einwohnerrat hat zu meiner grossen Freude in der letzten Sitzung meiner Resolution grossmehrheitlich zugestimmt. Ebenfalls zu meiner grossen Freude hat sich der Gemeinderat dahinter gestellt und dies auch öffentlich kundgetan. Wie wir vom Einwohnerratspräsidenten am Anfang gehört haben, hat – für mich nicht überraschend, aber total enttäuschend – der Regierungsrat nur eine Eingangsbestätigung zustande gebracht. Frage an den Gemeinderat: a) Was bedeutet diese Situation für den Gemeinderat? b) Ist der Gemeinderat bereit, sich an

---

einer Initiative zu beteiligen, mit der man nachdoppelt und dem Regierungsrat zeigt, dass es uns wirklich ernst ist?

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Schade, dass die Frage nicht etwas früher zu mir gekommen ist, dann hätte ich die Antwort etwas besser vorbereiten können. Trotzdem Dankeschön. Zu a): Die Eingangsbestätigung liegt jetzt also vor und wir warten darauf, dass eine Reaktion eingeht. Wenn diese vorliegt, werden wir sehen müssen, was sie beinhaltet. Zu b): Diese Frage kann ich an dieser Stelle so nicht beantworten, das hängt ja sicher auch davon ab, was genau die Idee und der Inhalt dieser Initiative sein sollen. Sicher ist, dass der Gemeinderat am Ball bleiben wird. Ich werde dann zu gegebener Zeit Auskunft geben können. Aktuell habe ich, wie bereits erwähnt, nichts weiter vorliegen als die Eingangsbestätigung.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke. Es tut mir leid, dass ich die Frage nicht zuvor schriftlich eingereicht hatte. Habe ich es richtig verstanden, dass der Gemeinderat die Fragestellung einer Initiative – überparteilich, mit der Bevölkerung, mit Verbänden usw. – prüfen will? Ich schliesse diese Frage gleich an, sonst muss ich wieder das Karussell eines Postulats in Bewegung setzen, und das dauert dann wieder ein Jahr.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Wenn wir etwas Konkretes vorliegen haben, dann kann man sicher über Fakten diskutieren. Aber einfach so ins Blaue hinein kann ich das weder versprechen auch dementieren. Aber wenn etwas vorliegt, zeigt sich der Gemeinderat natürlich immer handlungsbereit. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass der Gemeinderat auch die Charta des Gemeindeverbands Flugverkehr unterstützt hat.

**Christoph Ruckstuhl**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: meine Frage bezieht sich auf die Quartierplanung Weiherweg beim Allschwiler Weiher oben. Gibt es da Neuigkeiten zum Sachstand und zum Zeitplan?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Am Weiherweg oben liegt der Ball momentan bei der Immobilien Basel-Stadt. Sie tut sich ein wenig schwer mit dem Quartierplan, mit den Forderungen, die wir gestellt haben. Das Ganze hat wenig eine Verzögerung erfahren, weil der Landrat noch nicht abschliessend darüber bestimmt hat, wie er mit den Mehrwertabgaben gehen soll. Aber die Gemeinde Allschwil stellt sich auf den Standpunkt, dass wir an der dort generierten Mehrwertabgabe beteiligt werden möchten. Damit tut sich Immobilien Basel-Stadt im Moment etwas schwer. Der Ball liegt bei ihnen. Wir warten auf die nächsten Verhandlungen.

**Christoph Ruckstuhl**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Und der Zeitplan?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Das können wir nicht sagen. Wir müssen uns ja zuerst einig werden. Denn das ist ja ein Quartierplan. Dieser hat ein Reglement. Dann gibt es auch noch den privatrechtlichen Quartierplanvertrag, den der Gemeinderat mit dem Bauwilligen aushandeln muss. Bevor da nicht eine abschliessende Meldung gekommen ist, können wir nichts zum Zeitplan sagen. Alle anderen Papiere liegen vor. Letztendlich geht es auch um Geld.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Am 5. Dezember 2016 übergaben die Schülerinnen und Schüler unserer Primarschule Gartenhof eine Schülerpetition mit 100 Unterschriften an Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli. Sie wünschten sich darin einen überdeckten Scooter-Ständer um das Schulhaus herum. Jetzt ist fast ein Jahr verstrichen und die Kinder haben immer noch keine Antwort bekommen. Frage daher: Wie ist der Stand, und wann können die Schülerinnen und Schüler im Gartenhof endlich eine Antwort erwarten?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Der Gemeinderat ist natürlich sehr erfreut, wenn er hört, dass sich bereits Kinder und Jugendliche politisch betätigen und ihren Handlungsspielraum ausloten. Einer der wichtigsten politischen Lehrplätze ist aber, dass man die Antwort von der richtigen Person oder von der richtigen Gruppe oder vom richtigen Gremium erhält. Die Petition war gerichtet worden an die Schulleitung, und wir möchten der Schulleitung hier nicht vorgreifen. Sie ist ein eigenes Gremium, das relativ unabhängig vom Gemeinderat ist. Im Steuerungsausschuss des Schulhauses Gartenhof haben wir die Frage diskutiert, haben das Anliegen aufgenommen und hin- und her gewälzt und haben daraufhin unsere entsprechenden Empfehlungen an die Schulleitung weitergegeben. Die Schulleitung hätte das kommunizieren können. Ich habe jetzt mit Pascale Uccella als Schulratspräsidentin der Primarschule abgemacht, dass sie den zweiten Teil der Beantwortung dieser Frage übernimmt, wenn das für Sie in Ordnung ist.

**Pascale Uccella-Kaiser**, Schulratspräsidentin Kindergarten und Primarschule: Ich war an diesem Tag anwesend. Es war ein ganz toller Anlass, und es war ganz herzig, wie die Kinder uns das vorgetragen haben. Es ist richtig, dass Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli das Papier mitgenommen hat. Sie hat es dann bei uns in der Schule abgegeben. Das wusste ich nicht, wir wussten es alle nicht. Wir hatten einen

---

Gesamtschulleitungswechsel, wie du sicher auch mitbekommen hast. Im Zuge der verschiedenen Umzüge, die es auf der Gemeinde gab, kann das Papier wieder zum Vorschein. Es ist jetzt in Bearbeitung und die Kinder werden eine Antwort erhalten. Es tut uns wahnsinnig leid, denn wir von der Schule wussten wirklich nicht, dass sich das Papier bei uns befindet. Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli ihrerseits wusste, dass sie es abgegeben hatte. Die Antwort sollte nun in den nächsten zwei Wochen erfolgen.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Vielen Dank. Dann warten wir eben diese zwei Wochen noch ab und sehen, was dabei herauskommt. Ich habe noch eine zweite Frage: Die Eigentümer der Immobilie Sandweg 15 haben auf ihrem Grundstück private Parkplätze gebaut, was ja auch gut ist. Danach hat die Gemeinde auf der gegenüberliegenden Strassenseite zwei bis drei Parkplätze, je nach Fahrzeuggrösse, entfernt. Gemäss Gemeindepolizei liege der Grund in einem zu kurzen Radius. Seltsam nur, dass man die genau gleiche Situation am ganzen Sandweg hat, und auch bei Neubauten wurden keine Parkplätze entfernt. Aufgrund der prekären Parkplatzsituation in dem ganzen Gebiet ist das für die Anwohner und für die Gastparkierenden nicht wirklich dienlich. Meine Frage: Was müssen wir tun, damit die entfernten Parkplätze wiederhergestellt werden können?

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Man kann es ganz kurz fassen: Was man tun müsste, um diese Parkplätze wieder herzustellen, ist, die Parkplätze auf der Liegenschaft Nummer fünfzehn wieder rückgängig zu machen. Aber das ist etwas zu kurz gefasst, darum muss ich ein wenig ausholen. Für die Aufrechterhaltung oder Entfernung von Parkplätzen gibt es Normen, auf die sich die Gemeinde natürlich gestützt hat, nachdem man sich die Situation vor Ort angeschaut hatte. Ein Gesuch zur Aufhebung öffentlicher Parkplätze erfolgt immer im Zusammenhang mit baulichen Veränderungen. Genau das hatte man am Sandweg 15, wo auf der Parzelle private Parkplätze gebaut wurden. Ein wesentliches Kriterium ist, wie man auf diesen Parkplätzen manövrieren kann, also wie viel Platz ein Auto auf dem Parkplatz auf der gegenüberliegenden Strassenseite hat. Die Fahrbahn im Sandweg ist 5 m breit, es ist also keine sehr breite Strasse. Man braucht also auf dem Parkplatz selber relativ viel Raum zum manövrieren, ohne dass auf der gegenüberliegenden Seite oder auch schräg links und rechts davon etwas im Weg stehen darf. Man müsste das jetzt visualisieren können, aber Henry Vogt kann es sich wahrscheinlich auch so vorstellen: Der privat gebaute Parkplatz ist in etwa gross genug für zwei Autos, dafür ist er auch vorgesehen. An anderen Orten sind die Häuser stärker von der Strasse zurückgesetzt als am Sandweg 15; dortige Parkplätze haben eine relativ breite und tiefe Vorfahrt, sodass man problemlos nebeneinander rangieren kann. Im Falle der Nummer fünfzehn ist es aber so, dass, wenn auf diesem privaten Parkplatz zwei Autos stehen und eines davon hinausfahren will, der Einmündungsradius so eng ist, dass es problematisch wird, wenn auf der gegenüberliegenden Strassenseite ebenfalls geparkt wird. Von daher ist die Aufhebung der beiden öffentlichen Plätze gerechtfertigt, und es gibt eigentlich keine Umstände, die dazu führen könnten, dass die Aufhebung wieder rückgängig gemacht werden könnte.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Wenn ich es richtig verstanden habe, müssten also, wenn auf dem ganzen Sandweg die gleichen Bedingungen herrschen, und das ist der Fall, alle Parkplätze aufgehoben werden. Anderenfalls wird mit unterschiedlichen Ellen gemessen. Denn der Trottoirabstand ist gleich gross, der Fahrbahnabstand ist gleich gross, der Parkplatzabstand ist gleich gross. Meine Gegenfrage ist also: Würden alle anderen Parkplätze auch aufgehoben, wenn der Antrag gestellt werden würde?

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Auf die erste Frage kann ich eine Antwort geben, bezüglich der letzteren müsste man sich den konkreten Fall anschauen. Aber zur ersten Frage: Nein, es ist nicht so. Es wird immer der Einzelfall angeschaut, und es kann nicht jeder Fall gleich behandelt werden, weil nicht jeder Fall gleich gelagert ist. Es wird wirklich nur dann ein Parkplatz entfernt, wenn es die Umstände erfordern und keine anderen Massnahmen möglich sind.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Danke für die Antwort. Ich werde also schauen, dass wir einen Antrag stellen, um dann zu sehen, ob die Verhältnisse im ganzen Sandweg die gleichen sind.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Ich habe zwei, drei Fragen zu Schulhausneubau Gartenhof. Die Arbeiten für den Neubau sind ja seit über einem Jahr abgeschlossen, und noch immer wartet die Bevölkerung auf das definitive Preisschild, sprich die Schlussabrechnung für das neue Schulhaus. Auch bei einem so grossen Bauwerk wie diesem Schulhaus in Allschwil ist es üblich, dass man etwa innerhalb einer Buchhaltungsperiode die Schlussrechnung erstellt. Denn die Unternehmer und Planer warten ja auch auf ihr Geld. Meine konkreten zwei Fragen hierzu: Wann können wir mit der Schlussabrechnung rechnen? Und, was uns natürlich alle brennend interessiert, wie sieht diese Schlussabrechnung in Bezug auf die Kostenschätzung, Stand Ausschreibungsphase, aus?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Vielen Dank für die Frage. Sie gibt mir die Gelegenheit, wieder einmal darauf hinzuweisen wie und in welcher Zeit wir das Projekt Schulhaus Gartenhof abwickeln mussten, und

---

was in dieser kurzen Zeit so alles passieren kann. Wir hatten eine relativ kurze Planungs- und Projektierungszeit. Zusammen mit dem Nutzerausschuss, den wir gegründet hatten, nahmen wir eine Menge Dinge auf, die man realisieren wollte oder musste. Es sind dann im ersten Betriebsjahr – heute ist die Betriebsaufnahme ja fast auf den Tag genau 13 Monate her – einige Dinge aufgetaucht, die noch erledigt werden mussten. Es sind sogenannte Mängel aufgetaucht, zum Beispiel dass etwas anderes geliefert wurde, als bestellt war. Es stellte sich auch heraus, dass einige Dinge nicht so durchführbar waren, wie wir es in der kurzen Planungsphase angenommen hatten, und so mussten wir an verschiedenen Punkten nachbessern. So sind zum Beispiel in den Sommerferien verschiedene Arbeiten an der Umgebung, auch an der Akustik der Turnhalle hier über uns sowie in der Akustik des Schulhausteils erledigt worden. Diese Abrechnung haben wir inzwischen. Was wir noch nicht haben, bzw. was sich im Moment gerade in der Prüfung befindet, sind einige Rechnungen. Im Gegensatz zu deiner Annahme liegt es also nicht bei uns oder den Planern, die die Rechnungen nicht bearbeiten würden, sondern es liegt in drei bis vier Fällen daran, dass die Unternehmer noch keine Rechnungen gestellt haben. Die letzten drei grossen Rechnungen sind aktuell in der Prüfung und werden im Oktober noch in die Schlussrechnung hineinfallen. Diese wird dann im Gemeinderat präsentiert und besprochen und soll noch dieses Jahr in den Einwohnerrat kommen. Dann kann auch eine Aussage darüber machen, wo wir landen. Ich kann heute schon so viel sagen: Auch im Worst Case-Szenario bezüglich der noch ausstehenden Rechnungen werden wir den Kredit mehr als einhalten. Weiter möchte ich mich heute nicht auf Äste hinaus begeben, weil bei den derzeit in der Prüfung befindlichen Rechnungen doch noch einige grössere Brocken dabei sind. Eine Zahl werde ich als heute Abend sicher nicht nennen.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Herzlichen Dank für die ausführlichen Ausführungen. Wir hatten das heute ja schon einmal. Ich wollte eigentlich zwei ganz einfache Sachen wissen; nun hatten wir ganz lange Ausführungen. Aber aus denen kann ich jetzt entnehmen, dass man Mängel hat. Ein Mangel ist ja etwas, was nicht gemäss Plan ausgeführt wurde. Habe ich richtig gehört, dass man jetzt auf die Rechnungen bezüglich dieser Mängel warten muss? Wenn es ein Mangel ist, dann ist es doch entweder ein Unternehmerfehler oder ein Planungsfehler? Anderenfalls wäre es eine Beststellungsänderung, also dass der Nutzer nachträglich etwas anderes bestellt hätte, als am Anfang abgemacht war? Kann ich dazu noch etwas genauere Ausführungen haben?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Das habe ich vorhin versucht; offenbar ist es nicht ganz gelungen. Es ist „sowohl als auch“. Einerseits hatte es sicher Mängel. Wie in jedem Bau dieser Grösse hat es den einen oder anderen Mangel, wo also etwas nicht so ausgeführt worden ist, wie wir es bestellt hatten, sei es von der Planung her – wir hatten ja einen Generalplaner – oder sei es seitens eines einzelnen Unternehmers, der nicht genau die Qualität abgeliefert hat, die wir bestellt hatten. Hier handelt es sich um eine Mangelbearbeitung. Dann gibt es auch andere Fälle. Wie ich vorhin zu erläutern versuchte, gab es aufgrund der Schnelligkeit, in der geplant und bestellt werden musste, einige Fälle – ich erwähnte ja zum Beispiel die Akustik in der Turnhalle – wo es Beststellungsänderungen gab. Das geht ganz klar zu unseren Lasten. In verschiedenen Punkten hat man auch gemerkt, dass man es vom Unterhalt her nicht so machen kann, wie man gedacht hatte. Ein Beispiel: In gewissen Räumen im Keller hatte man normale Lichtschalter angebracht. Nun haben wir im Betrieb gemerkt, dass nicht alle Leute wissen, wie man einen Lichtschalter betätigt; deswegen haben wir dort einen Bewegungsmelder nachinstalliert, damit nicht unnötig Energie verprasst wird. So gab es verschiedene Anpassungen, und man musste auch Verschiedenes erst lernen. Wie gesagt, das Ganze lief ja unter einem enormen Zeitdruck ab. Alles in allem war das dennoch ein sehr gutes Projekt, aber es gibt eben immer wieder Kleinigkeiten, die in der Realität ganz anders aussehen, als man es sich beim Planen bzw. Bestellen vorgestellt hatte, sodass man dann auf eigene Kosten eine Nachbesserung verlangen muss.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Herzlichen Dank. Ich nehme die Ausführungen einmal so zur Kenntnis. Wenn nun aber gerade von Mängeln die Rede war. Kannst du eine ungefähre Summe angeben bezüglich der erkannten Mängel, und wie viele davon während der laufenden Garantiefrist bereits behoben wurden?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Alles in Allem, inklusive der kleinen Beststellungsänderungen, die ich erwähnte, wurden ungefähr 800 Punkte aufgelistet, wovon aktuell fünf bis zehn noch in Bearbeitung sind oder noch erledigt werden müssen.

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Seit in Basel flächendeckend die Blaue Zone eingeführt wurde, hat in innenstadtnahen Quartieren die Anzahl von ausserkantonalen oder internationalen Fahrzeugen, die abgestellt werden, extrem zugenommen. Das sind bei uns im Borerhofquartier teilweise bis zu zwei Dritteln der Fahrzeuge, die oft auch über sehr lange Zeiträume abgestellt bleiben, teilweise über Wochen. Dazu habe ich folgende Fragen: Wie viele Anfragen oder Reklamationen hat die Gemeindepolizei diesbezüglich schon erhalten? Was unternimmt die Gemeindepolizei, vor allem auch gegen die ausserkantonalen Autos? Und warum nützt die Zonierung „Zubringerdienst gestattet“ nichts?

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Die erste Frage kann ich relativ einfach beantworten: Etwa zwei- bis dreimal pro Woche geht eine Reklamation bei der Gemeinde ein, sei es schriftlich, telefonisch oder am Schalter. Früher war es etwa zwei- bis dreimal pro Monat. Die Frage, was die Gemeindepolizei unternehmen kann, ist schon viel komplexer. Sie kann nämlich gar nicht so sehr viel tun. Sie kontrolliert seit Anfang 2015 immer wieder periodisch die einzelnen Quartierstrassen entlang der Kantonsgrenze, und sie tut das in einem monatlichen Rhythmus. Dabei werden Fahrzeuge zum Teil mit baselstädtischen oder auch ausländischen Kennzeichen festgestellt. Wenn es sich ergibt, dass der Halter direkt im Grenzgebiet von Basel-Stadt wohnt, werden die Halter angeschrieben und es wird eine Meldung an die zuständige Motorfahrzeugkontrolle gemacht. Es stellt sich dann immer wieder heraus, dass sehr viele der angeschriebenen Fahrzeughalter berechtigterweise in die „Zubringer gestattet“-Zone hineingefahren sind und dort parkiert haben. Das Parkieren in Allschwil mit ausserkantonalen Kontrollschildern ist nämlich grundsätzlich nicht verboten. Für das Parkieren über Nacht gibt es aber gewisse Bedingungen, unter anderem muss das Fahrzeug im Kanton Basel-Landschaft eingelöst sein. Das ist aber keine Grundlage für eine polizeiliche Massnahme, sondern eine steuertechnische Angelegenheit. In diesen Fällen wird das Fahrzeug der MFK gemeldet. Es gibt aber auch dort wieder verschiedene Ausnahmen, z.B. den Artikel 77, wonach es ausreicht, wenn das Fahrzeug sich an 3 ½ Tagen im Wohnkanton befindet, in diesem Falle muss es nicht umgeschrieben werden. Es ist relativ komplex, das im Einzelfall herauszufinden. Es ist für die Polizei unmöglich, das seriös abzuklären. Andere Rechtsgrundlagen, um das Dauerparkieren in Allschwil zu unterbinden, haben wir ohne ein Bewirtschaftungsreglement schlicht und einfach nicht. Das ist so. Was man zur „Zubringerdienst“-Regelung noch sagen muss: Dies ist eigentlich eine Regelung, die den Fahrverkehr betrifft und nicht das Parkieren. Geregelt wird das Befahren einer solchen Zone, nicht aber das Parkieren. Es kann also sein, dass bestimmte Umstände es jemandem gestatten, in diese Zone hineinzufahren. Wenn er nun anschliessend parkiert und kontrolliert wird und dann sagt, er habe in diesem Quartier jemanden getroffen, einen Brief eingeworfen oder was immer, dann kann er nicht belangt werden. Für die Polizei ist es enorm personal- und zeitintensiv, das zu kontrollieren. Sie müsste nämlich zweifelsfrei und möglichst in flagranti nachweisen können, dass die „Zubringerdienst“-Regel verletzt wurde. Zur dritten Frage, warum die bisherigen Massnahmen nicht fruchten: Die rechtliche Handhabe hinsichtlich des Dauerparkierens liegt eben, wie schon erläutert, nur im Bereich der Motorfahrzeugsteuer. Wenn aber ein solches Fahrzeug an die zuständige MFK gemeldet worden ist, hat die Gemeindepolizei keinen Einfluss mehr. Bei den Fahrzeugen mit ausländischen Kontrollschildern ist alles noch viel schwieriger. Solche Fahrzeuge dürfen zum Teil ein Jahr lang in der Schweiz fahren, ohne dass sie das Kontrollschild ändern müssen, auch wenn der Besitzer in Allschwil wohnt. Davon gibt es dann auch noch Ausnahmen, und es ist alles sehr kompliziert. Es ist einfach sehr schwierig bei ausländischen Fahrzeugen, zuerst einmal überhaupt die Situation zu ermitteln: Ist es ein „echter“ Ausländer oder einer, der nur das Fahrzeug noch nicht eingelöst hat? Das andere Problem ist, dass man von ausländischen Behörden überhaupt fast keine Informationen bekommt. Solche Fahrzeuglenker sind darum eigentlich fast nicht zu greifen. Meistens ist es ein Zufall, wenn man etwas darüber herausfindet, woher sie kommen, und wie lange, und ob berechtigt oder unberechtigt, sie das Auto haben stehen lassen.

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Dankeschön. Es ging mir mehr darum, dass der Gemeinderat einmal seine Situation darlegen kann, und dass das alle einmal gehört haben.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich schwenke jetzt vom Sandweg zum Schützenweg. Dort ist es ja so, dass das Projekt in der Investitionsrechnung auf das laufende Jahr datiert ist. Ich möchte gern wissen, welches der Stand der Projektierung ist, wie es mit dem Terminprogramm aussieht und bis wann wir mit dem Bau- und Strassenlinienplan rechnen können. Ich hatte mein Mail an Robert Vogt geschickt, ich hoffe, es ist weitergeleitet worden? – Leider nein. Kann trotzdem jemand Auskunft geben?

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Dazu kann ich leider aus dem Stegreif nichts sagen. Möglicherweise hat es sich im Investitionsprogramm nach hinten verschoben. Wir klären das selbstverständlich ab.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Dann habe ich noch eine zweite Frage: Als Student hat man immer einen recht terminintensiven Sommer. Darum habe ich mich einmal durch ein paar Reglemente unserer Gemeinde hindurchgeblättert. Dabei bin ich im Reglement für die Abfallbewirtschaftung auf § 17 gestossen. Ich bitte, den Text aufzulegen. Der Paragraph handelt von der Abfallstatistik: „Die Gemeindeverwaltung erstellt jährlich eine Abfallstatistik und publiziert diese. Sie gibt, aufgeteilt nach Abfallkategorien, Auskunft über die Menge, die Entwicklung der gesamten Abfälle und die Entsorgungswege.“ Das Reglement hat dieses Jahr das Jubiläum seines fünfundzwanzigjährigen Bestehens. Angesichts dessen dachte ich, es gebe da sicher recht spannende Daten herauszufischen, habe aber trotz mehrstündiger intensiver Recherche nichts gefunden. Darum möchte ich den Gemeinderat anfragen, ob er Kenntnis hat von dieser Abfallstatistik von Allschwil.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich war bisher immer Stellvertreter von Robert Vogt. Die Abfallstatistik ist uns natürlich bekannt. Wo es aber geklemmt hat, sodass sie bisher nicht veröffentlicht wurde, und wie das

den Einwohnerinnen und Einwohnern zugänglich gemacht wurde, dazu müsste ich mich zuerst erkundigen. Es ist schade, dass Robert Vogt heute abwesend ist; er könnte sicher etwas dazu sagen. Ich denke, wir müssen die Frage zurücknehmen und sie an einer der nächsten Sitzungen, vielleicht im Info-Fenster, beantworten.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ist es also richtig, dass diese Daten seit 25 Jahren auf der Gemeinde erstellt werden, aber noch nie publiziert wurden?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Davon gehe ich aus. Denn unser ehemaliges Departement Tiefbau und Umwelt, das ja mittlerweile im Bereich „Bau – Umwelt und Raumplanung“ aufgegangen ist, hat die Daten ganz sicher erfasst, sonst könnten wir ja nicht budgetieren für die Spezialfinanzierung Abfallwirtschaft. Ich gehe also davon aus, dass die Daten vorhanden sind, aber dass es mit der Veröffentlichung nicht geklappt hat. Der Gemeinderat muss sich immer wieder dabei ertappen lassen, dass er viel Gutes tut, aber leider nicht darüber spricht. Wir werden das Motto vielleicht im Gemeinderatszimmer aufhängen. Wir werden die Daten und Zahlen sicher nachliefern.

**Simon Maurer**, Präsident: Es ist eine Minute vor 21 Uhr. Ich schliesse die Sitzung für heute und wünsche allen einen schönen Abend.

ENDE